

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016

Allmähliche Konjunkturerholung in Österreich

SPERRFRIST: Dienstag, 29. September 2015, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016

Allmähliche Konjunkturerholung in Österreich

Jahresmodell LIMA/05

Die ökonometrischen Modellprognosen werden von einer
Arbeitsgruppe der Abteilung Ökonomie und
Finanzwirtschaft erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Barbara Herbst

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: barbara.herbst@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6/7
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	8
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
Abbildung: OECD-Frühindikator	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	10
2.2 Länderprognosen	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	13
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	24
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	24
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	26
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	26
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	27
Abbildung: Inflationsrate: Österreich und Euroraum	31
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	31
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2014	33
5. MONETÄRE PROGNOSE	35
Texttabelle: Leitzinsen	35
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	36
TABELLENANHANG	37

Allmähliche Konjunkturerholung in Österreich

Im ersten Halbjahr hat die Konjunktur in Österreich erwartungsgemäß etwas an Fahrt aufgenommen. Das Institut erwartet daher für das heurige Jahr weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 0.7 %. Im nächsten Jahr sollte sich das BIP-Wachstum auf 1.6 % beschleunigen, wobei die Steuerreform den privaten Konsum antreibt. Das Wachstum reicht aber nicht aus, um die Arbeitslosigkeit (9.2 % bzw. 9.3 %) zu senken.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Nach einer lang andauernden Stagnationsphase hat die Konjunktur in Österreich im ersten Halbjahr etwas an Fahrt gewonnen. Mit Veränderungsraten von 0.2 % im ersten bzw. 0.3 % im zweiten Quartal, jeweils gegenüber dem Vorquartal, fiel die Erholung moderat aus. Unterstützend wirken die Festigung der Konjunktur im Euroraum sowie die niedrigen Ölpreise und der schwächere Euro. Die Binnennachfrage blieb im ersten Halbjahr sehr verhalten, wobei die Investitionen weiterhin rückläufig waren. Im Einklang mit dem verlangsamten Welthandelwachstum legten auch die Exporte nur wenig zu. Allerdings blieb auch die Importtätigkeit schwach, sodass vom Außenhandel ein positiver Wachstumsbeitrag ausging. Die Vorlaufindikatoren bleiben insgesamt gesehen aufwärts gerichtet. Die positive Entwicklung sollte sich im zweiten Halbjahr fortsetzen, sodass das Institut weiterhin eine Wachstumsrate von 0.7 % für den Jahresdurchschnitt 2015 erwartet. Nächstes Jahr sollte die österreichische Wirtschaft um 1.6 % wachsen. Positiv wirkt dabei die Steuerreform, die den privaten Konsum stützt; auch die Investitionstätigkeit sollte wieder anziehen. Das Wachstumstempo würde damit dem im Euroraum entsprechen, nach zwei Jahren mit einem negativen Wachstumsdifferenzial von gut einem halben Prozentpunkt.

Die Weltkonjunktur blieb im bisherigen Jahresverlauf äußerst verhalten. Dafür hauptverantwortlich sind die Probleme in den Schwellenländern. Turbulenzen am Aktienmarkt und die Transformation zu einem stärker vom Konsum getriebenen Wachstum belasten die chinesische Wirtschaft. Brasilien und Russland befinden sich in der Rezession. Auch in Ostasien hat sich das Wachstumstempo verlangsamt. Träger des Wachstums sind gegenwärtig die Industrieländer. Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 0.9 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen, nach einem schwächeren ersten Quartal (0.2 %). Mit einer Wachstumsrate von 0.4 % hat sich die Konjunktur im Euroraum weiter gefestigt. Positiv entwickeln sich dabei insbesondere die früheren Krisenländer (vor allem Irland und Spanien), deren Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen gesteigert wurde. Der Euroraum profitiert aber auch von konjunkturstützenden Faktoren wie den auf Jahresfrist betrachtet deutlich niedrigeren Ölpreisen, dem schwächeren Euro sowie der expansiven Geldpolitik. Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im Euroraum hin. Das Institut erwartet somit ein gegenüber der Juni-Prognose nahezu unverändertes internationales Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft bleibt auf einem stabilen Wachstumspfad und wird 2015 und 2016 um 2.5 % bzw. 2.6 % zulegen. Für den Euroraum werden Wachstumsraten von 1.4 % bzw. 1.7 % erwartet. In den OECD-Staaten sollte die Wirtschaftsleistung um 2.1 % bzw. 2.4 % steigen. Die Entwicklung in den Schwellenländern wird hingegen vergleichsweise verhalten ausfallen.

Die Prognoserisiken bleiben weiterhin hoch. Das größte weltwirtschaftliche Risiko geht gegenwärtig von einer deutlich stärker als erwarteten Abschwächung der chinesischen Wirtschaft aus. Die Turbulenzen auf den Aktienmärkten deuten auf die Gefahren hin, die von einer Zinswende in den USA ausgehen könnten. Die geopolitischen Spannungen (Ukraine, Syrien, Irak) halten die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure hoch. Hinsichtlich der österreichischen Wirtschaftsentwicklung besteht weiterhin das Risiko, dass das Unternehmervertrauen gering bleibt und damit selbst bei einem verbesserten internationalen Konjunkturklima wenig investiert wird. Nächstes Jahr besteht auch das Risiko, dass die Sparquote der privaten Haushalte stärker steigt als erwartet und der private Konsum weiter sehr schwach bleibt. Die positive Entwicklung im Euroraum könnte die Stimmung in Österreich aber auch verbessern und damit die Nachfrage erhöhen. Auch die Umsetzung der Steuerreform könnte zu einer Aufhellung des Geschäftsklimas beitragen.

In den letzten Jahren stagnierte der private Konsum in Österreich. Diese Entwicklung hat sich auch noch im ersten Halbjahr fortgesetzt. Das Institut geht aber davon aus, dass sich die Konsumentenstimmung in der zweiten Jahreshälfte bessert, sodass für den Durchschnitt des heurigen Jahres ein Konsumwachstum von 0.4 % erwartet wird. Die Steuerreform stärkt im nächsten Jahr das verfügbare Einkommen der Haushalte. Daher wird für 2016 ein Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 1.5 % erwartet. Im Einklang mit früheren Steuerreformen wird unterstellt, dass ein Teil des zusätzlichen Einkommens in die Ersparnis geht, sodass die Sparquote im Prognosezeitraum von 7 ½ % auf 9 ¼ % ansteigt.

Das geringe Unternehmervertrauen, die schwache Inlandsnachfrage und die Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung drücken weiterhin auf die Investitionsnachfrage. Im ersten Halbjahr ist die Nachfrage nach Investitionsgütern weiter zurückgegangen, besonders schwach entwickelten sich die Bauten. Es ist zu erwarten, dass sich die Investitionsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte nur äußerst verhalten beleben wird, sodass die Anlageinvestitionen das dritte Jahr in Folge schrumpfen werden (-0.5 %). Während die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren, setzt sich beim Bau die negative Dynamik der letzten Jahre fort (-1.1 %). Mit der weiteren Festigung der Konjunktur im Euroraum sollte die Investitionsnachfrage im nächsten Jahr wieder etwas anziehen (1.7 %). Unterstützend wirken die günstigen Finanzierungsbedingungen und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen. Mit einem Wachstum von 2.3 % übertreffen die Ausrüstungsinvestitionen die Ausweitung der Bauten (1.1 %) auch im kommenden Jahr.

Der Welthandel entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte langsamer als erwartet. Die geringere Handelsintensität geht primär auf die Entwicklung in den Schwellenländern zurück. Von der Festigung der Konjunktur im Euroraum, einer allmählich stärker werdenden internationalen Investitionsgüternachfrage sowie dem schwächeren Euro sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. Zu beachten ist aber die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber den anderen Staaten im Euroraum aufgrund der mittelfristig stärkeren Lohndynamik. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut eine verhaltene Zunahme der realen Warenexporte von 1.3 % in diesem Jahr sowie 4.0 % im nächsten Jahr. Damit wächst der Warenexport deutlich langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Die gesamten Exporte laut VGR steigen laut Prognose um 1.8 % bzw. 3.9 %. Die vorliegenden Quartalsdaten weisen eine schwache Importtätigkeit im ersten Halbjahr aus. Aufgrund der verhaltenen Binnennachfrage sollten die Waren- (0.3 %) bzw. Gesamtimporte (1.2 %) im Jahresdurchschnitt nur wenig zulegen. Mit der Festigung der Konjunktur ist für das kommende Jahr mit einer spürbaren Belebung der Importtätig-

keit (knapp 4 %) zu rechnen. Insgesamt liefern die Nettoexporte somit in beiden Prognosejahren einen positiven Wachstumsbeitrag.

Gegenwärtig ist der Preisauftrieb gering, die Inflationsrate liegt bei rund 1 %. Dabei dämpfen die niedrigen Energiepreise den Preisauftrieb merklich. Für den Jahresdurchschnitt erwartet das Institut eine Inflationsrate von 1.1 %. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation zum Jahreswechsel aber wieder anziehen. Darüber hinaus dürften von der Steuerreform in geringem Umfang preistreibende Impulse (Mehrwertsteuererhöhung) ausgehen, die auf knapp 0.2 Prozentpunkte geschätzt werden, sodass für den Jahresdurchschnitt 2016 eine Inflationsrate von 1.8 % erwartet wird. Diese Prognose impliziert weiterhin ein merkliches Inflationsdifferenzial zum Euroraum.

Die verhaltende Konjunktur und das steigende Arbeitskräfteangebot sind gegenwärtig die bestimmenden Faktoren am Arbeitsmarkt. Die Zunahme der Beschäftigung (0.8 %) ist nicht ausreichend, um das schneller steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Folglich wird für den Jahresdurchschnitt 2015 eine Arbeitslosenquote von 9.2 % erwartet. Mit dem Anziehen der Konjunktur könnte sich die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr stabilisieren (9.3 %). Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird laut Prognose in beiden Jahren 5.8 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Budgetkonsolidierung, der verhaltenden Konjunktur und der im nächsten Jahr in Kraft tretenden Steuerreform geprägt. Für die Jahre 2015 und 2016 erwartet das Institut weiterhin ein Defizit von 1.7 % bzw. 2.0 % des BIP. Aufgrund allfälliger notwendiger zusätzlicher Mittel für die Banken sowie der Unsicherheit über die zeitliche Wirkung der Gegenfinanzierung der Steuerreform bestehen beträchtliche Prognoserisiken. Die Entlastung des Faktors Arbeit im Rahmen der Steuerreform wird vom Institut begrüßt, sollte aber nur den Auftakt für weitere Reformen bilden. So sollte etwa die aktuell laufende Neuverhandlung des Finanzausgleichs dazu genutzt werden, um durch Kompetenzentflechtungen und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Effizienzpotenziale zu erschließen. Darüber hinaus ist die Schaffung eines budgetären Spielraums für eine Senkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote und insbesondere der Lohnnebenkosten erforderlich. Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandorts sind essenziell. Hierzu ist eine stärkere Gewichtung der produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget notwendig. Diese könnten durch Kürzungen im Bereich der konsumtiven Staatsausgaben (Verwaltung, Pensionen, Subventionen) finanziert werden.

Wichtige Prognoseergebnisse

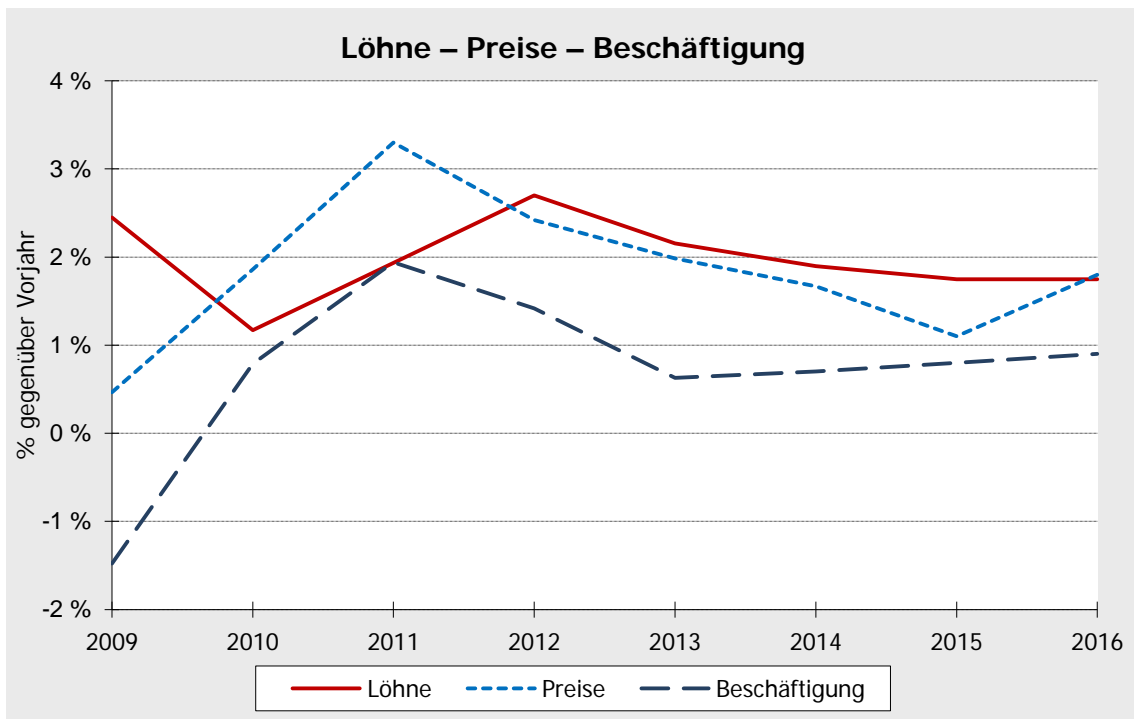
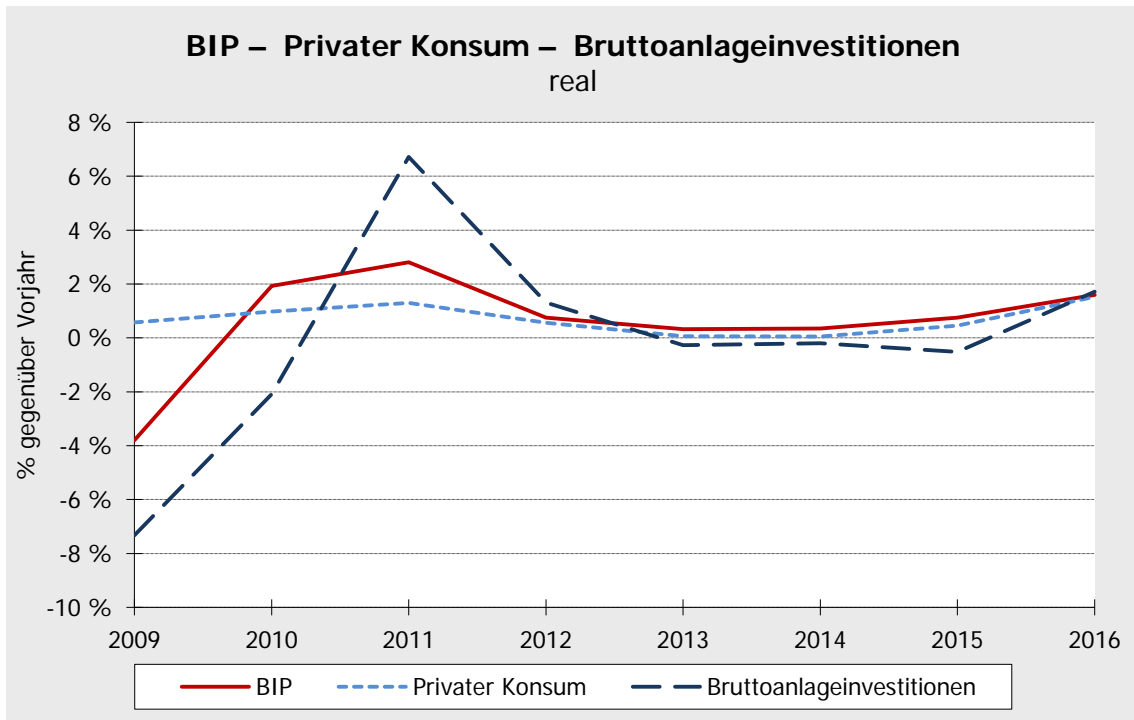
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt, real	0.4	0.7	1.6
Privater Konsum, real	0.0	0.4	1.5
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-1.6	-0.5	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.2	-0.5	1.7
Ausrüstungsinvestitionen, real	0.5	0.0	2.3
Bauinvestitionen, real	-1.0	-1.1	1.1
Inlandsnachfrage, real	-0.1	0.2	1.5
Exporte i.w.S., real	2.1	1.8	3.9
Waren, real (laut VGR)	2.0	1.3	4.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.0	1.8	0.5
Importe i.w.S., real	1.3	0.9	3.9
Waren, real (laut VGR)	0.6	0.8	3.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.8	-1.0	1.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.7	0.8	0.9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	8.4	9.2	9.3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.6	5.8	5.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.9	1.8	1.8
Preisindex des BIP	1.6	1.8	1.9
Verbraucherpreisindex	1.7	1.1	1.8
3-Monats-Euribor ^{*)}	0.2	0.0	0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	1.5	0.9	1.2

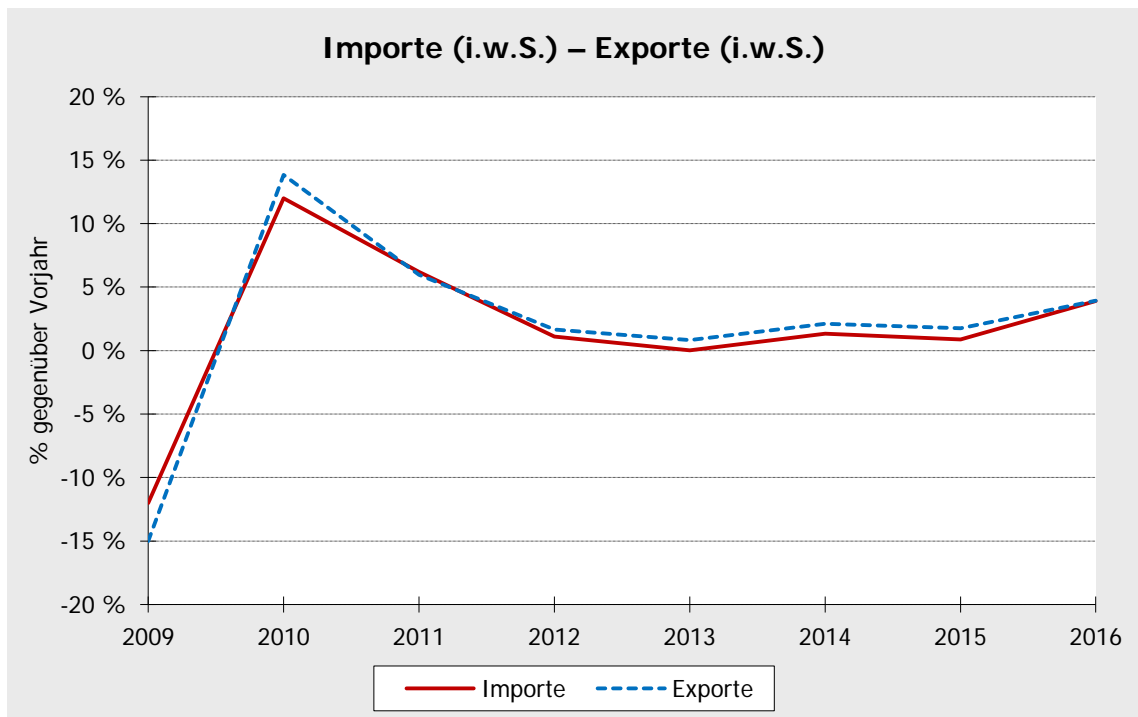
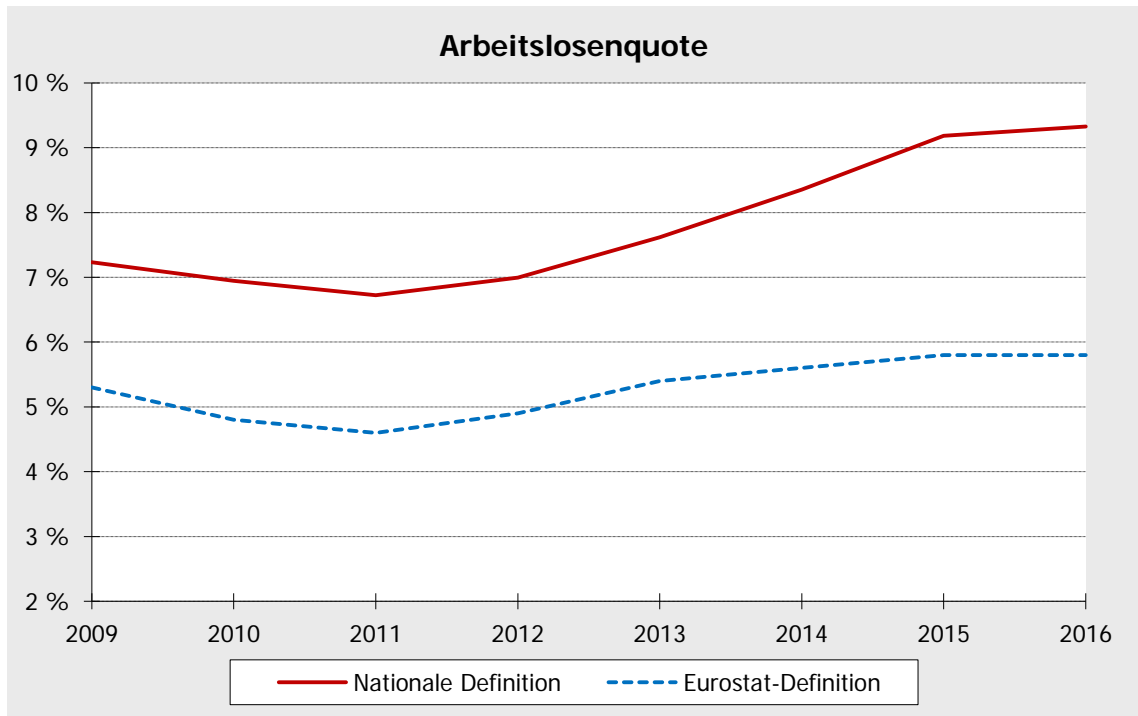
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

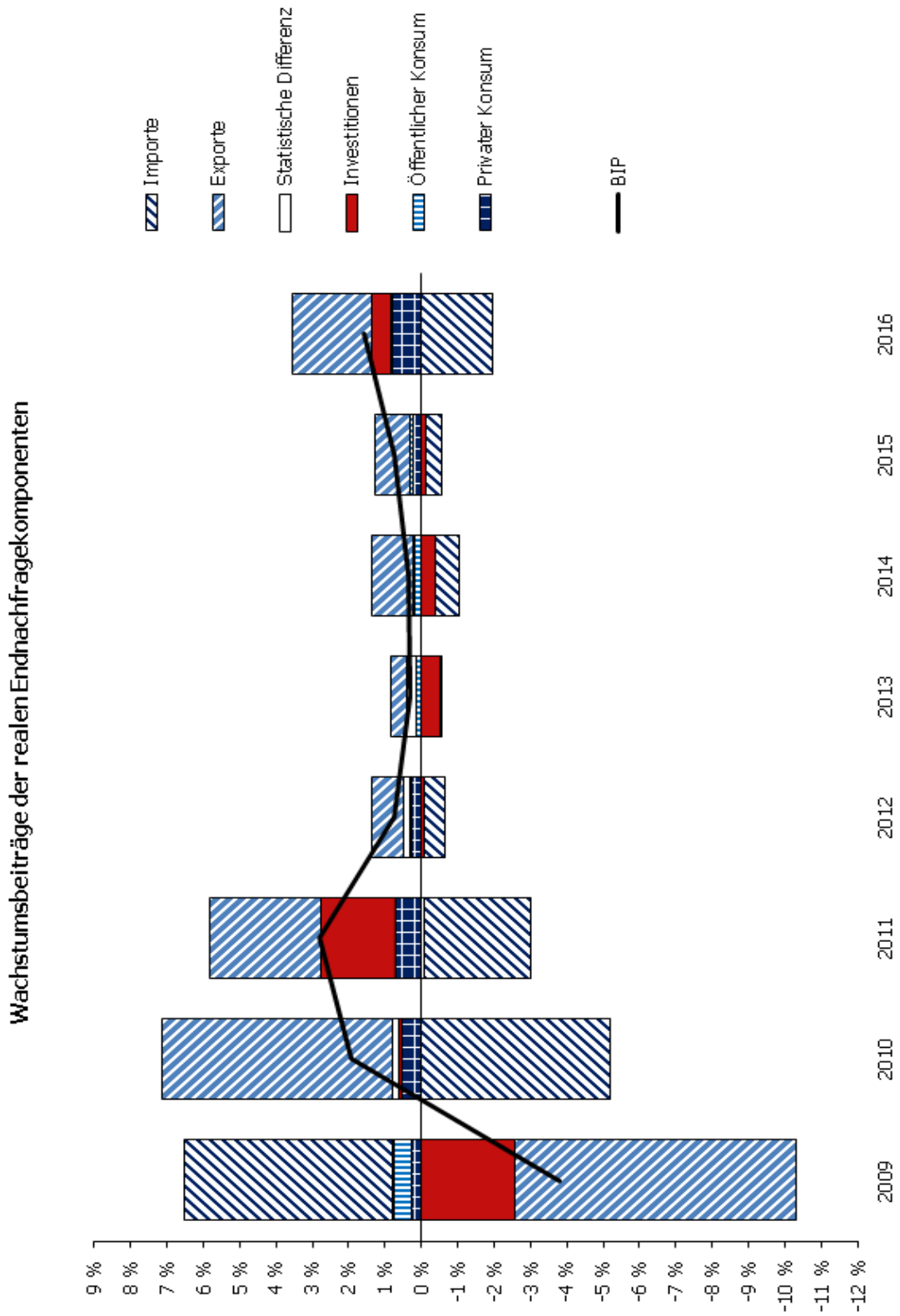
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

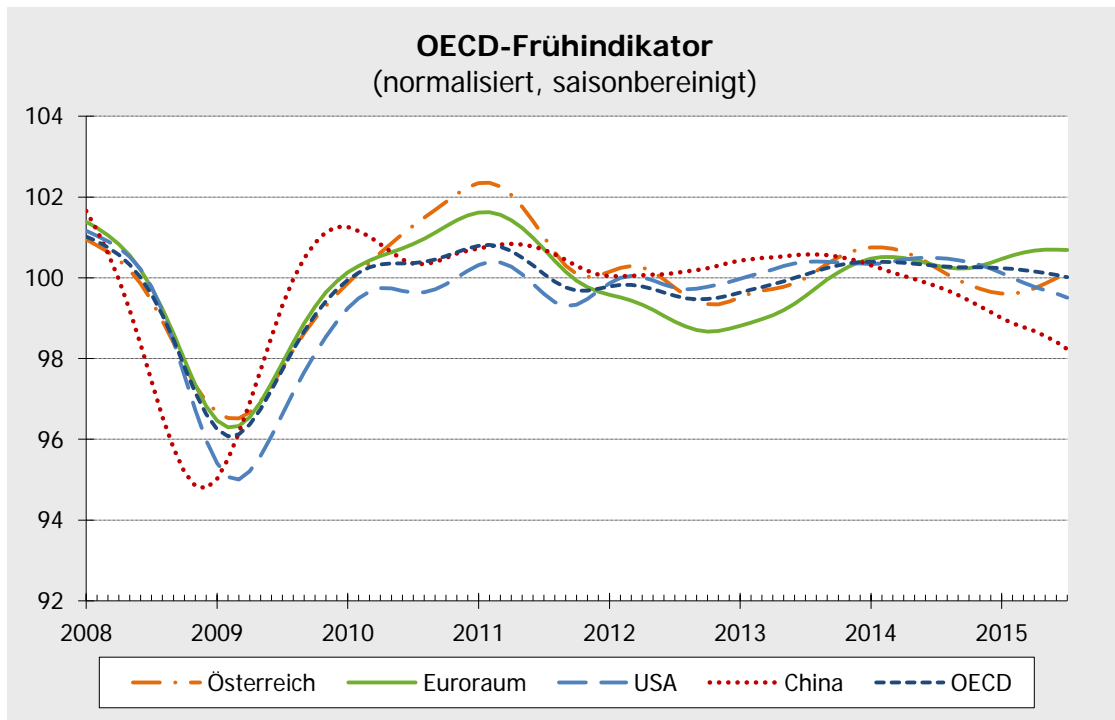
Im Jahr 2015 entwickelt sich die Weltwirtschaft weiterhin verhalten. Die Konjunktur wird von der Investitionsschwäche und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten gedämpft. In China kühlt sich die Nachfrage ab und mit Ausnahme von Indien bleiben die wirtschaftlichen Probleme in den anderen Schwellen- und Entwicklungsländern nach wie vor bestehen. In den USA entwickelt sich die Wirtschaft robust und im Euroraum verstärkt sich die Konjunktur.

Nach einem schwachen Start zu Jahresbeginn hat sich die globale Konjunktur im Jahresverlauf etwas verstärkt. Positive Impulse gehen von den niedrigen Rohstoffpreisen aus, die die Konsumnachfrage in den Industrieländern stützen. In den rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern hemmt der Rohstoffpreisverfall das Wirtschaftswachstum und erhöht die öffentliche Verschuldung. Die Aufwertung des US-Dollar bringt für viele Länder eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit sich. Ein exportgetriebenes Wachstum wird vor allem für den Euroraum und für Japan erwartet. Die Investitionen in die Realwirtschaft könnten anziehen und eine Belebung des globalen Handels mit sich bringen. Im kommenden Jahr ist daher weltweit von einer Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung auszugehen. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind jedoch Strukturreformen und eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft erforderlich.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern der Expansionsgrad der Geldpolitik regional unterschiedlich verläuft. Die EZB wird nach wie vor an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten, da die Inflation unter dem Zielwert bleibt und die Arbeitslosigkeit noch immer hoch ist. Zudem tätigt die EZB seit März 2015 Wertpapierkäufe im Ausmaß von monatlich 60 Mrd. Euro, die mindestens bis September 2016 fortgeführt werden sollen. Für die USA und das Vereinigte Königreich ist hingegen zu erwarten, dass eine Straffung der Geldpolitik einsetzt. Im Euroraum wird die Fiskalpolitik im Vergleich zu den vergangenen Jahren weniger restriktiv ausfallen. Der IWF empfiehlt Maßnahmen wie Investitionen in Infrastruktur und die Steigerung der Erwerbsquote zu forcieren und Hemmnisse für Unternehmen zu verringern.

Weiterhin bestehen geopolitische Risiken (Ukraine, Syrien, Irak), die den Welthandel bremsen oder einen Anstieg der Energiepreise auslösen könnten. Eine Straffung der Geldpolitik in den USA könnte sich kurzfristig negativ auf die globale Finanzmarktstabilität auswirken. Eine stärkere Dollar-Aufwertung könnte in einigen Ländern einen importinduzierten Preisauftrieb bewirken.

Ein durchgreifender Aufschwung der Weltkonjunktur lässt noch immer auf sich warten. Der ifo Index für die Weltwirtschaft ist nach einer leichten Erholung in der ersten Jahreshälfte wieder gesunken. Die Lagerbeurteilungen verschlechterten sich, die Erwartungen blieben jedoch unverändert positiv. Während sich der Indikator in Europa und Nordamerika auf einem relativ hohen Niveau befindet, sank er in Asien und Afrika unter den jeweiligen langfristigen Durchschnitt. In den GUS-Staaten und Lateinamerika stabilisierte sich der Indikator auf niedrigem Niveau. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft schwächte sich nach einem Höchststand im März etwas ab, was auf eine leichte Verschlechterung der Auftragslage zurückgeht. Der OECD-Frühindikator deutet auf eine Belebung der Wirtschaft im Euroraum hin.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Mit einer kurzen Unterbrechung im Mai und Juni sind die Rohstoffpreise weiter gefallen. Im Juli lagen die Rohstoffpreise ohne Energie (laut IWF) um 19 % unter ihrem Vorjahresniveau. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug im August 47.5 US-Dollar und lag damit um 54 % unter seinem Vorjahreswert. Wegen der ausreichenden Versorgung der Märkte mit Rohöl dürften in der zweiten Jahreshälfte die Preise niedrig bleiben. Nach 99.3 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2014 wird in dieser Prognose für die Jahre 2015 und 2016 ein Ölpreis von 56 bzw. 59 US-Dollar unterstellt. Nach 1.33 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2014 wird für 2015 und 2016 ein Wechselkurs von 1.11 bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Der Welthandel ist im Jahr 2014 um 3.3 % gewachsen, für 2015 und 2016 wird eine Zunahme um 2.5 % bzw. 3.2 % erwartet. In den OECD-Ländern wuchs das BIP 2014 um 1.8 %, für 2015 und 2016 wird ein Wachstum von 2.1 % bzw. 2.4 % erwartet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU hat sich im Jahr 2014 um 1.3 % ausgeweitet, 2015 und 2016 wird sie voraussichtlich um 1.7 % bzw. 1.9 % zunehmen.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet für Asien (ohne Japan) für 2015 und 2016 ein Wirtschaftswachstum von 6.1 % bzw. 6.2 %. Für Indien bleiben die Wachstumsaussichten robust. In China dürfte sich die Wirtschaftsentwicklung abschwächen. In den Tigerstaaten dämpft der schleppende globale Handel die Konjunktur. Lateinamerika wird im Jahr 2015 durchschnittlich nur um 0.5 % Prozent wachsen. Die brasilianische Wirtschaft leidet unter den niedrigen Rohstoffpreisen, und durch die Währungsabwertung wird die Schuldentrückzahlung erschwert. Neben der sehr schwachen Auslandsnachfrage dämpfen auch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit das Wirtschaftswachstum. Für 2015 wird daher ein BIP-Rückgang um 2.5 % erwartet. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Rezession bis 2016 andauern dürfte. In Lateinamerika insgesamt könnten sich die Wirtschaftsbedingungen jedoch wieder verbessern.

Seit dem Vorjahr zieht die Konjunktur im Euroraum an. Das BIP wird im Jahr 2015 voraussichtlich um 1.4 % zunehmen. Der private Konsum bildet die Stütze des Aufschwungs, da die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte aufgrund der sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage gut sind. So dürfte die Arbeitslosenquote langsam sinken und die Löhne im Zuge dessen steigen. Es gehen aber auch konjunkturbelebende Effekte von den niedrigen Rohstoffpreisen, vom Euro-Dollar-Wechselkurs und vom Stimulierungsprogramm der EZB aus. Die Verbraucherpreise steigen 2015 nur wenig, was auf die Rohstoffpreisentwicklung zurückgeht. Die EZB sieht daher keine Notwendigkeit, den Leitzinssatz von derzeit 0.05 % anzuheben. Im Jahr 2016 wird das BIP des Euroraums voraussichtlich um 1.7 % wachsen. Die Konsumausgaben bleiben robust und die Investitionstätigkeit könnte sich im Jahresverlauf etwas verstärken. Die Exporte werden deutlich anziehen. Wegen des Wegfalls des Energiepreiseffekts, des schwächeren Euro und der besseren Konjunktur dürften die Preise wieder zu steigen beginnen. Unsicherheiten gehen weiterhin von der Russland-Ukraine-Krise und der Staatsschuldenkrise in Griechenland aus.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2014	2015	2016
BIP-Wachstum (%)	0.9	1.4	1.7
Arbeitslosenquote (%)	11.6	10.9	10.5
Inflation HVPI (%)	0.4	0.1	1.2

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums ist im zweiten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.4 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.5 % gewachsen. Alle Hauptkomponenten des BIP legten zu, die stärkste Dynamik wiesen die Exporte auf. Die Konjunktur dürfte im zweiten Halbjahr 2015 mit einem vergleichbaren Tempo expandieren. Die Arbeitslosenquote sinkt weiter und die Preise steigen langsam. Im Juli ging die Arbeitslosenquote mit 10.5 % auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren zurück. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Griechenland mit 25.0 % (im Mai). Die niedrigste Quote wies Deutschland mit 4.7 % auf. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), lag im August bei 0.1 %. Zypern (1.9 %) und Slowenien (0.6 %) verzeichneten die deutlichsten Rückgänge der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Malta (1.4 %) und Österreich (0.9 %) am stärksten.

Die vorlaufenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur im Euroraum in den kommenden Monaten belebt bleibt. Im August verbesserte sich der *Economic Sentiment Index* der Europäischen Kommission. Die Stimmungsverschlechterung in der Güterverarbeitenden Industrie wurde von der Stimmungsaufhellung in der Baubranche und im Dienstleistungssektor (Einzelhandel) sowie vom steigenden Konsumentenvertrauen kompensiert. Der *Markit Eurozone Composite Index* stieg im Juni auf ein Vier-Jahres-Hoch und verblieb bis August auf diesem hohen Niveau. Der ifo Index für die Wirtschaft im Euroraum schwächte sich, nach einem starken Anstieg zur Jahresmitte, im dritten Quartal 2015 zwar leicht ab. Er liegt jedoch noch immer über seinem langfristigen Durchschnitt und ist so hoch wie zuletzt vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise von 2008/2009.

2.2 Länderprognosen

Im Jahr 2015 bleibt die Konjunktur in den **USA** mit einem BIP-Wachstum von 2.5 % gefestigt. Witterungsbedingte Faktoren haben zu Jahresbeginn die Konjunktur abgeschwächt, im Jahresverlauf verbessern sich jedoch die Wirtschaftsbedingungen. Der private Konsum trägt wesentlich zum Wachstum bei, denn der Beschäftigungs- und Einkommenszuwachs sowie die niedrigen Energiepreise erhöhen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Vom starken US-Dollar geht hingegen ein dämpfender Effekt aus. Die stagnierende Auslandsnachfrage beeinträchtigt die Investitionstätigkeit. Die Verbraucherpreise steigen kaum und die Arbeitslosigkeit nimmt weiter ab. Die Fed zieht eine Anhebung der *Federal Fund Rate* in Betracht, deren Zielband im August 2015 weiterhin zwischen 0 % und 0.25 % lag. Die Wirtschaft der USA wird 2016 voraussichtlich um 2.6 % wachsen. Der private Konsum, mit einem Anteil von knapp 70 % an der gesamten Wirtschaftsleistung, wird robust bleiben. Die Exporte dürften von der Stabilisierung des Wechselkurses und der verstärkten Weltkonjunktur profitieren. Wegen des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation wieder anziehen. Die Zinsen könnten dann weiter steigen. Der Abbau der ohnedies niedrigen Arbeitslosigkeit könnte sich jedoch verlangsamen.

Das BIP der USA stieg im zweiten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.9 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 2.7 % zu. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen verstärkten sich beträchtlich. Auch die Exporte nahmen wieder zu. Eine leichte Wachstumsabschwächung verzeichneten hingegen die Bauinvestitionen. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur verlangsamt haben. Seit Februar steigen im Monatsvergleich die Verbraucherpreise, die Jahresinflation betrug im Juli aber nur 0.2 %. Die Arbeitslosenquote fiel im August auf 5.1 %. Für die kommenden Monate ist der Wirtschaftsausblick verhalten optimistisch.

Der vom *Institute for Supply Management* veröffentlichte Einkaufsmanagerindex zeigt für den Dienstleistungssektor eine robuste Dynamik. Der Index für die Güterverarbeitende Industrie fiel jedoch auch im August wegen der sich zunehmend verschlechternden Lage bei den Aufträgen aus dem Ausland. Auch der *Conference Board Leading Economic Indicator*, der vier Monate in Folge kräftig gestiegen war, gab im Juli etwas nach, hervorgerufen durch einen Rückgang bei den Baugenehmigungen.

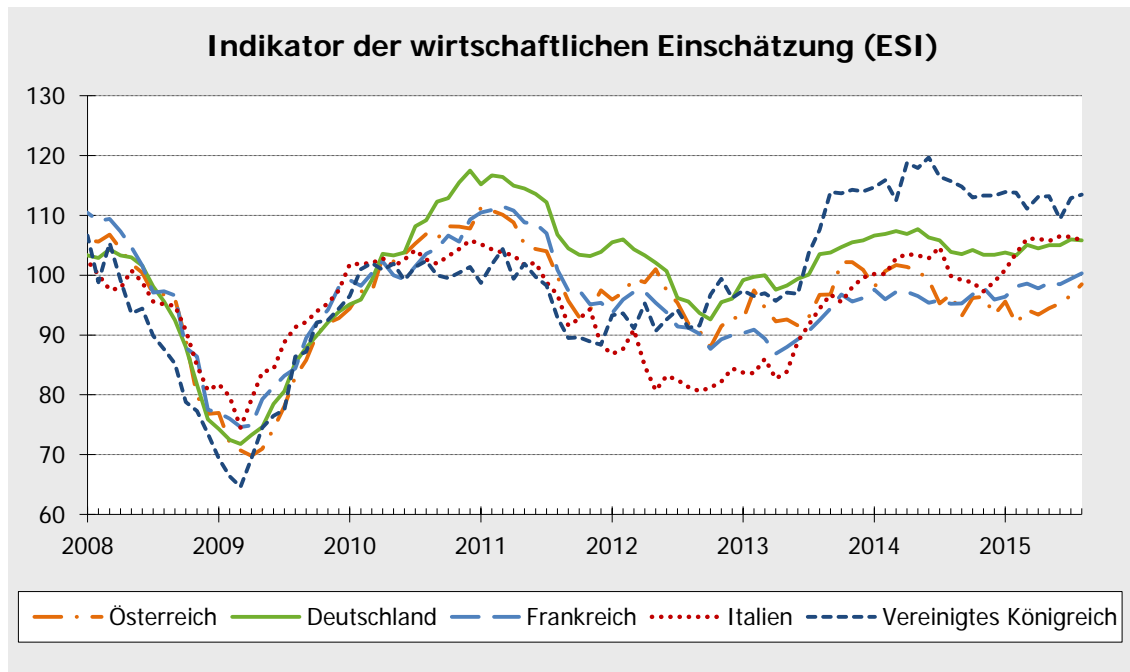
In **Japan** dürfte die Wirtschaft 2015 um 0.6 % wachsen. Die konjunkturelle Festigung in der zweiten Jahreshälfte wird primär von der Auslandsnachfrage getragen, denn die Yen-Abwertung gegenüber dem US-Dollar beginnt zu greifen. Die stärkste Nachfrage kommt derzeit aus den USA. Die Binnennachfrage entwickelt sich hingegen nach wie vor verhalten. Die Unternehmen verfügen über hohe Barreserven, sind aber nicht bereit, diese für Investitionen aufzuwenden. Von den niedrigen Rohstoffpreisen dürften im Jahresverlauf positive Impulse auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen. Die *Bank of Japan* wird auch 2015 ihre äußerst expansive Geldpolitik (Wertpapierankäufe) uneingeschränkt fortführen. Stimulierungsmaßnahmen (Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für Unternehmen) gehen auch von der öffentlichen Hand aus. Ein dauerhafter konsumgetriebener Aufschwung ist bislang nur in Ansätzen zu erkennen. Die ursprünglich für diesen Herbst geplante Anhebung der Mehrwertsteuer wurde daher ausgesetzt. Die Inflation dürfte 2015 deutlich unter dem Inflationsziel von 2 % liegen. Im Jahr 2016 wird sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 1.0 % verstärken. Der private Konsum könnte sich aufgrund von vereinbarten Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft verbessern. Die solide Auslandsnachfrage könnte die Unternehmen dazu ver-

anlassen, wieder mehr in Ausrüstungsgüter zu investieren, und im Bausektor dürfte sich die rückläufige Entwicklung abschwächen. Die *Bank of Japan* wird die Stimulationsmaßnahmen solange fortsetzen, bis das Inflationsziel von 2 % erreicht ist.

Das japanische BIP fiel im zweiten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal wuchs es um 0.9 %. Der Rückgang geht auf die Konsum- und Exportschwäche zurück. Im dritten Quartal dürfte sich jedoch die Konjunktur wieder verstärkt haben. Positive Signale gehen von der Einkommensentwicklung der privaten Haushalte und von dem sich allmählich verknappten Arbeitskräfteangebot aus. Wegen des Auslaufens des Mehrwertsteuereffekts fiel im Juli die Jahresinflation auf 0.3 %, verglichen mit 2.4 % im März. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaft in den kommenden Monaten wachsen wird. Nach einer Schwächephase im Februar und März steigt der *Markit/JMMA Japan Composite Index* kontinuierlich an. Im August lag er mit 52.9 Punkten über der Wachstumsschwelle. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie zeigt eine aufstrebende Entwicklung und im Dienstleistungssektor war die Dynamik noch stärker ausgeprägt.

In der **Volksrepublik China** wird sich 2015 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 6.7 % abschwächen. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur. Ausländisches Kapital fließt ab und die chinesischen Investitionen im Ausland nehmen zu. Die Exportentwicklung lässt nach, denn wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Die Verwerfungen am Finanzmarkt veranlassten die *Bank of China* dazu, den Referenzzinssatz erneut zu senken. Die Inflation gibt 2015 weiter nach. Das BIP-Wachstum dürfte sich 2016 mit 6.4 % weiter abschwächen. Die Binnennachfrage wird etwas nachlassen, positive Impulse könnten von der Außenwirtschaft ausgehen. Die Inflation wird sich verstärken, aber wohl unter dem Zielwert von 3 % bleiben. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Auch sollte die Regierung die Förderung von Investitionen in die Infrastruktur und die Beschleunigung des Schulden-Swap-Programms weiter vorantreiben.

Das chinesische BIP wuchs im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal um 7.0 %. Der private und der öffentliche Konsum blieben dynamisch. Die Investitionstätigkeit hat wie im Vorquartal geringfügig zugenommen, die Exporte verzeichneten hingegen einen starken Rückgang. Im dritten Quartal dürfte sich das Wirtschaftswachstum abgeschwächt haben und die Stimmungverschlechterung in der Güterverarbeitenden Industrie gibt einen Hinweis darauf, dass sich die Konjunktur in den kommenden Monaten weiter verlangsamen wird. Die Verunsicherung bei den Investoren geht darauf zurück, dass Stabilisierungsmaßnahmen der chinesischen Regierung und der Notenbank nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) des britischen Bankhauses HSBC, der sich seit Juni 2014 im Wachstumsbereich befand, rutschte daher im August wieder in den negativen Bereich. Der Indexrückgang geht auf die Verschlechterung der Lage in der Güterverarbeitenden Industrie zurück, während der Dienstleistungssektor noch immer eine positive Entwicklung aufweist.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.8 % betragen. Die konjunkturelle Entwicklung stützt sich vorwiegend auf den realen Einkommenszuwachs der Haushalte. Neben den niedrigen Rohstoffpreisen und der günstigen Wechselkursentwicklung verstärkt die Entspannung der Griechenlandkrise die Stimmungsaufhellung der Unternehmen. Die zurückliegende Euro-Abwertung stimuliert die Exporte. Die Beschäftigung nimmt weiter zu und entlastet den ohnedies guten Arbeitsmarkt. Der deutsche Staat hat im ersten Halbjahr wegen der robusten Wirtschaftsentwicklung einen Haushaltsüberschuss erzielt. Die Inflation liegt bei nahe Null und die Arbeitslosigkeit sinkt. Im Jahr 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum abermals 1.8 % betragen. Der private Konsum könnte sich abschwächen. Angesichts des niedrigen Ölpreises und einer verstärkten Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern außerhalb des Euroraums dürfte sich das deutsche Exportwachstum beschleunigen. Steigende Unternehmensgewinne könnten im kommenden Jahr die Investitionstätigkeit stützen. Die boomende Bauwirtschaft sollte weiterhin von den niedrigen Zinsen profitieren. Die Preise werden wieder anziehen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage wird die Arbeitslosigkeit weiter abnehmen.

Das deutsche BIP ist im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um 0.4 % gewachsen, im Vorjahresvergleich hat es um 1.6 % zugelegt. Die Kauflust der Verbraucher schwächte sich leicht ab, die Ausrüstungsinvestitionen blieben nahezu unverändert und die Bauinvestitionen fielen. Die Dynamik in der Außenwirtschaft verbesserte sich hingegen. Im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur daher beschleunigt haben. Im Juli betrug die Arbeitslosenquote 4.7 %, die Inflation lag im August bei 0.1 %. Die aktuellen Stimmungsindikatoren über den konjunkturellen Verlauf der deutschen Wirtschaft in den kommenden Monaten zeichnen eher ein gemischtes Bild.

Der Markt Einkaufsmanagerindex hat im August ein Vier-Jahres-Hoch erzielt. Der Teilindex für die Güterverarbeitenden Industrie stieg sogar stärker an als jener für den Dienstleistungssektor. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im August gestiegen. Im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima auf den höchsten Stand seit Juni 2011 verbessert und im

Bauhauptgewerbe ist der Index auf den höchsten Stand seit März 2014 gestiegen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima jedoch leicht verschlechtert. Die Zufriedenheit mit der aktuellen Lage hat nochmals deutlich zugenommen. Die Unternehmen äußerten sich jedoch etwas weniger optimistisch mit Blick auf den weiteren Geschäftsverlauf. Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland trübten sich im August und September unter dem Eindruck der Finanzmarkturbulenzen ein. Dabei wird davon ausgegangen, dass unter den gegebenen geopolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentliche Verbesserungen der Wirtschaftslage in Deutschland mittelfristig unwahrscheinlich sind. Laut GfK-Umfrage hat der ausgeprägte Optimismus der Konsumenten im Hochsommer einen kleinen Dämpfer erhalten. Trotz der erreichten Einigung im Schuldenstreit mit Griechenland verfestigte sich im August der Abwärtstrend bei der Konjunkturerwartung mit dem dritten Rückgang in Folge. In deren Sog gingen auch die Anschaffungsneigung sowie die Einkommenserwartung zurück. Zusätzlich belastend für das Konsumklima wirkt der leichte Anstieg der Sparneigung.

Im Jahr 2015 dürfte in **Italien** das Wirtschaftswachstum 0.6 % betragen. Ende 2014 ging die Rezession zu Ende. Vom schwachen Euro und den niedrigen Rohstoffpreisen gehen positive Effekte auf die Wirtschaft aus. Die Kreditnachfrage wird laut *Bank of Italy* vom Stimulierungsprogramm der EZB angetrieben. Zusätzlich stützt der eingeleitete Reformprozess die Wirtschaftsentwicklung. Der Budgetplan der italienischen Regierung sieht für 2015 Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigen Einkommen vor. Es ist zu erwarten, dass diese Maßnahmen die Investitionstätigkeit und den privaten Konsum ankurbeln werden. Die Arbeitslosigkeit nimmt kaum mehr zu und die Verbraucherpreise bleiben unverändert. Im Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1.2 % ausmachen. Die konjunkturelle Entwicklung wird von der Exportnachfrage und der anziehenden Investitionstätigkeit gestützt. Dies betrifft jedoch nur die Ausrüstungsinvestitionen, während im Bausektor noch immer die Investitionsbereitschaft fehlt. Die Verbraucherpreise werden zu steigen beginnen. Ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit ist auch für das kommende Jahr nicht wahrscheinlich. Die vorrangigen Ziele der Regierung sind die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen (Jugendarbeitslosigkeit) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im zweiten Quartal 2015 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 0.7 % zu. Zum zweiten Mal seit 2010 gingen von der Inlandsnachfrage positive Impulse aus. Der Außenhandel hat hingegen das gesamtwirtschaftliche Wachstum gebremst. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaft abermals gewachsen sein. Die Inflation betrug im August 0.4 %. Mit einer Arbeitslosenquote von 12.0 % setzte sich die Stabilisierung am Arbeitsmarkt fort. Für die kommenden Monate bleibt der Wirtschaftsausblick optimistisch. Seit Anfang 2015 befindet sich der Markt Einkaufsmanagerindex im Wachstumsbereich, mit einer stark ansteigenden Tendenz. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie erzielte im August einen Höchststand und auch im Dienstleistungssektor bleibt die Dynamik sehr robust. Das Vertrauen der Unternehmer hat sich laut ISTAT im August jedoch etwas verschlechtert, weil das BIP-Wachstum im zweiten Quartal schwächer als erwartet ausfiel. Das Verbrauchervertrauen hat sich hingegen verbessert.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2015 voraussichtlich 1.0 % betragen. Nachdem in den vergangenen Jahren Steuererhöhungen die Binnennachfrage dämpften und der starke Euro die Exporte schwächte, dürften im laufenden Jahr von der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung sowie vom Stimulierungsprogramm der EZB positive Impulse ausgehen. Die Ausrüstungsinvestitio-

nen werden voraussichtlich im Jahresverlauf anziehen und der Rückgang bei den Bauinvestitionen könnte sich abschwächen. Die Exportdynamik verstärkt sich, jedoch ziehen aufgrund der Verbesserung der Inlandskonjunktur auch die Importe an. Die Nachfrage der privaten Haushalte fällt deutlich stärker als in den Vorjahren aus. Wie in den Nachbarländern, so steigen auch in Frankreich im Jahr 2015 die Verbraucherpreise kaum. Ein merklicher Rückgang der Arbeitslosigkeit ist hingegen nicht wahrscheinlich. Im Jahr 2016 sollte die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 1.4 % Fahrt aufnehmen. Impulse werden von der Inlandsnachfrage ausgehen. Auch die Exporte könnten stärker zunehmen. Die Verbraucherpreise werden wieder zu steigen beginnen. Die Arbeitslosigkeit dürfte etwas zurückgehen.

Das französische BIP ist im zweiten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal unverändert geblieben, gegenüber dem Vorjahr legte es um 1.0 % zu. Der private Konsum schwächte sich ab. Nach einer rückläufigen Entwicklung in den zwei Vorquartalen legten die Ausrüstungsinvestitionen wieder zu. Positive Impulse gingen auch von der Außenwirtschaft aus. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung etwas zurückgegangen sein. Die Jahresinflation betrug im August 0.1 % und die Arbeitslosenquote lag im Juli bei 10.4 %. Der Ausblick für die kommenden Monate bleibt gedämpft. Der *Markit France Composite Index* schwächte sich im Juli und August ab, nachdem er im Juni auf dem höchsten Stand seit fast vier Jahren gelegen hatte. Rückläufig entwickelten sich dabei die Güterproduktion und die Aufträge aus dem Inland. Der INSEE Geschäftsklimaindikator für die Güterverarbeitende Industrie, den Bau- und den Dienstleistungssektor setzte im August seinen Aufwärtstrend fort und hat somit seinen langfristigen Durchschnittswert erreicht. Das Verbrauchervertrauen (INSEE) ist zum Vormonat unverändert geblieben.

Im **Vereinigten Königreich** dürfte die Wirtschaft 2015 um 2.6 % wachsen. Nach einer Schwächephase zu Jahresbeginn verstärkte sich die konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf. Die treibende Kraft bleibt die Inlandsnachfrage. Mit der niedrigen Inflation steigt das Realeinkommen und somit verstärkt sich auch die Konsumnachfrage. Die Aufwertung des Pfund gegenüber dem Euro dämpft hingegen die Exportchancen der Industrie und somit auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die *Bank of England* wird daher an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten und den Leitzinssatz, der seit 2009 bei 0.5 % liegt, vorerst unverändert belassen. Im Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 2.5 % betragen. Die Inlandsnachfrage bleibt dabei sehr dynamisch. Das starke Pfund dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Wirtschaft weiterhin belasten. Die Inflation wird voraussichtlich anziehen, was nicht nur auf das Auslaufen des Ölpreiseffekts zurückgeht, denn Preisdruck wird auch von steigenden Arbeitnehmerentgelten ausgehen. Die Zinsen könnten Anfang 2016 zu steigen beginnen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte und von der schwachen Exportnachfrage aus, wodurch das Leistungsbilanzdefizit beträchtlich zunehmen könnte.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im zweiten Quartal 2015 zum Vorquartal um 0.7 % und zum Vorjahresquartal um 2.6 % zu. Den größten Zuwachs verzeichneten die Exporte, aber auch die Ausrüstungsinvestitionen haben sich weiter verstärkt. Die Bauinvestitionen gingen hingegen zurück. Die wachsende Konkurrenz im Einzelhandel, das starke Pfund, die sinkenden Energiepreise und die nachlassende Teuerung am Immobiliensektor dämpfen die Inflation. In den kommenden Monaten dürfte die Inlandsnachfrage robust bleiben, gestützt von Lohnerhöhungen und der derzeit niedrigen Inflation. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services PMI* erzielte im März einen Höchststand. In den folgenden Monaten setzte eine leichte Abschwächung ein. Im

August lag der Index mit 55.1 Punkten jedoch noch immer deutlich über der Wachstumsschwelle. Im Dienstleistungssektor war die Abschwächung deutlich stärker als in der Güterverarbeitenden Industrie. Laut KPMG steigt zwar die Zahl von Neueinstellungen, der Zuwachs verringerte sich aber im Vergleich zu den Vormonaten.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird 2015 voraussichtlich um 0.8 % wachsen. Nach einer soliden konjunkturellen Entwicklung bis zum Jahresende 2014 haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Nach der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken haben sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Wirtschaft der Schweiz drastisch verschlechtert. Als Reaktion senkte die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor auf -1.25 % bis -0.25 %. Zwar beeinträchtigt die Wechselkursaufwertung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Firmen, die aufgehellten Konjunkturperspektiven für Europa und die solide Nachfrage aus den USA sollten den negativen Effekt aber mildern. Die Inlandsnachfrage dürfte robust bleiben, denn der private Konsum wird derzeit von der Preisentwicklung gestützt. Die Franken-Stärke, Preisnachlässe im Einzelhandel und der Ölpreisverfall führen zu einem Rückgang der Verbraucherpreise. Im Jahresverlauf könnte jedoch die Exportschwäche auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Im Jahr 2016 wird sich die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz mit einem BIP-Wachstum von 1.3 % beschleunigen. Der private Konsum bleibt robust. Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich verstärken und auch im Bausektor könnte sich die Konjunktur verbessern. Die Exporte dürften wieder zu steigen beginnen. Die Verbraucherpreise werden weiterhin sinken.

Das BIP der Schweiz ist im zweiten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 % gewachsen, im Vorjahresvergleich legte es um 1.3 % zu. Als Wachstumsstützen erwiesen sich der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen. Eine Bremswirkung ging hingegen von der Außenwirtschaft aus. Die Verbraucherpreise sanken im August zum Vorjahr um 1.4 %. Im Zuge des Franken-Schocks ist jedoch die Arbeitslosigkeit gestiegen. Der Ausblick für die kommenden Monate hat sich aufgehellt. Nachdem der Einkaufsmanagerindex der *Credit Suisse* im Juli unter die Wachstumsschwelle gerutscht war, konnte er im August wieder kräftig zulegen. Das Konjunkturbarometer der ETH Zürich (KOF) verblieb im August knapp über seinem Langzeitdurchschnitt. Die insgesamt schwach positiven Tendenzen in der Güterverarbeitenden Industrie und im Bankensektor wurden von leicht negativen Entwicklungen primär im Bausektor abgefedert. Da die Indikatoren, die das internationale Umfeld sowie den inländischen Konsum abdecken, sich in etwa auf den vorherigen Werten stabilisiert haben, resultiert insgesamt ein leichter Anstieg des Barometers. Der UBS-Konsumindikator ist im Juli gestiegen. Eine bessere Beurteilung des Geschäftsgangs im Einzelhandel trieb den Konsumindikator leicht nach oben. Dies ist bereits der vierte Index-Anstieg in Folge, nachdem er bedingt durch den Franken-Schock im ersten Quartal zurückgegangen war.

Im Prognosezeitraum dürfte die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen Ländern** weiter robust bleiben. Die verbesserten Wachstumsaussichten in der EU, anhaltend niedrige Zinsen, die geringe Inflation, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt, sowie der schwächere Euro dürften die Konjunktur stützen. Nachfrageseitig gehen von den Investitionsvorhaben weiterhin Konjunkturimpulse aus. Die Absorption von EU-Mitteln, bedingt durch die Notwendigkeit, die noch nicht abgerufenen Mittel aus dem EU-Haushalt 2007–2013 bis Ende 2015 bei anderweitigem Verfall zu verwenden, wirkt sich positiv auf die Investitionsnachfrage aus. Dabei weisen Länder wie Kroatien, Rumänien und die Slowakei mit über 30 % immer noch einen hohen Anteil von nicht abgerufenen

Mitteln auf. Zusätzliche Impulse dürften in den nächsten drei Jahren von dem von Kommissionspräsident Juncker auf den Weg gebrachten Investitionsprogramm EFSI ausgehen. Allerdings sind weitere private Investitionen, insbesondere bei den KMUs, notwendig, um das überdurchschnittliche Wachstumstempo in diesen Ländern aufrecht halten zu können. Um die Neigung der privaten Investoren positiv zu beeinflussen, sollten die mittel- und osteuropäischen Länder ihre Reformanstrengungen hinsichtlich Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Erhöhung der Verlässlichkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren intensivieren. Da der Konsum und die Investitionen einen relativ hohen Importanteil aufweisen, dürften die Importe in den mittel- und osteuropäischen Ländern zunehmen und den Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum verringern. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 3.3 % in diesem Jahr und um 3.1 % im kommenden Jahr zu erwarten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 2.5 % gegenüber dem Vorjahr und um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal. Damit schwächte sich das Expansionstempo infolge eines starken Rückgangs der Landwirtschaft etwas ab. Das Wachstum wurde hauptsächlich vom privaten Konsum und der Auslandsnachfrage getragen. Die niedrigen Energiepreise, starke Lohnsteigerungen und Transferzahlungen schlugen sich in einem moderaten Wachstum des privaten Konsums nieder. Dagegen verringerte sich der öffentliche Konsum. Da infolge ausgeweiteter Kapazitäten in der Automobilindustrie und einer starken Verflechtung mit der deutschen Industrie die Exporte stärker als die Importe expandierten, war der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum positiv. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich, die Lagerbestände gingen hingegen zurück. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 0.5 % im Juli. Die Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Bestimmungen trug zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 6.9 % und damit um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen, die niedrigen Zinsen und die Ausweitung des Programms „Finanzierung für Wachstum“ mit subventionierten Krediten für KMUs durch die ungarische Zentralbank stützen heuer und im nächsten Jahr die Konjunktur. Der Wegfall von Einmaleffekten wie die verstärkte Ausnutzung von EU-Fördermitteln und die Fertigstellung von öffentlichen Infrastrukturprojekten dürfte das Investitionswachstum hingegen etwas dämpfen. Das BIP-Wachstum dürfte alles in allem 2.8 % bzw. 2.5 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im zweiten Quartal mit 3.6 % zum Vorjahresquartal bzw. 0.9 % gegenüber dem Vorquartal kräftig. Steigende Löhne und Beschäftigung ermöglichten eine moderate Zunahme des privaten Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen und die durch günstige Immobilienkredite gestützten dynamischen Hochbauinvestitionen trugen ebenfalls zum Wachstum bei. Der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum war hingegen neutral. Die Inflation verringerte sich in den letzten Monaten und sank im Juli auf -0.5 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.6 % um 1.2 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Leitzinssenkung vom März dieses Jahres auf 1.5 % dürfte die Konjunktur weiter stützen. Zusätzliche Impulse dürften auch von den verbesserten Wachstumsaussichten im Euroraum kommen. Das Wirtschaftswachstum dürfte infolge einer starken Inlands- und Auslandsnachfrage heuer und im nächsten Jahr 3.5 % bzw. 3.4 % betragen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 1.0 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 4.4 %. Die Investitionen expandierten kräftig. Der private Konsum leistete einen moderaten Beitrag zur BIP-Expansion. Die Arbeitslosenquote

betrug im Juli 5.1 %. Seit März befindet sich die Inflationsrate im positiven Bereich und betrug im Juli 0.4 %. Da sich der Leitzins in Tschechien bereits auf dem Nullniveau befindet, verwendet die tschechische Zentralbank den Wechselkurs als Instrument der Geldpolitik. Die Abwertung der tschechischen Krone trug schon im Vorjahr dazu bei, die Deflationsgefahr zu verringern. Heuer und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft um 3.7 % bzw. 2.8 % expandieren. Ein stärkeres Verbrauchervertrauen, Realeinkommenssteigerungen sowie eine gelockerte Fiskalpolitik zur Finanzierung von geplanten umfangreichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen dürften in der Prognoseperiode wachstumsfördernd wirken.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im zweiten Quartal um 3.1 %, gegenüber dem Vorquartal um 0.8 %. Das Wachstum wurde von der Inlands- und Auslandsnachfrage getragen. Dynamisch entwickelten sich sowohl die Investitionen als auch der öffentliche Konsum. Der private Konsum erhöhte sich moderat. Aufgrund der kräftigen Binnen- nachfrage nahmen die Importe stark zu, der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum blieb aber leicht positiv. Die Inflation ist seit Dezember 2014 negativ und belief sich im Juli auf -0.2 %. Die Arbeitslosenquote betrug 11.7 % und lag damit um 1.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum dürfte heuer und im nächsten Jahr von Infrastrukturinvestitionen (unterstützt durch EU-Strukturfondsmittel) stimuliert werden. Nach einer gelockerten Fiskalpolitik im Jahr 2014 und im ersten Halbjahr 2015 dürfte sich der öffentliche Konsum infolge der Budgetkonsolidierung in der Prognoseperiode schrittweise abschwächen. Mit der fortschreitenden Reform des öffentlichen Sektors sowie steigender Beschäftigung und Realeinkommen dürfte sich das BIP-Wachstum heuer auf 2.8 % und 2016 auf 3.2 % erhöhen.

Im zweiten Quartal nahm die Produktion in **Slowenien** um 0.7 % zum Vorquartal und um 2.5 % im Vorjahresvergleich zu. Die Nettoexporte und der private Konsum trugen das Wachstum. Während die Investitionen in Maschinen und Geräte stark zunahm, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ wurde. Seit Anfang 2015 sinken die Verbraucherpreise und im Juli betrug die Inflationsrate -0.7 %. Die Arbeitslosenquote beträgt seit Anfang des Jahres 9.1 % und lag damit im Juli um 0.6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. In den Jahren 2015 und 2016 dürfte das BIP-Wachstum 2.3 % bzw. 2.2 % betragen. Schwächere, von der EU kofinanzierte öffentliche Investitionen dürften das BIP-Wachstum 2016 dämpfen. Nach der Belastung infolge der Bankenrekapitalisierung im Vorjahr dürfte sich die budgetäre Lage in der Prognoseperiode etwas entspannen. Allerdings sind zusätzliche Reformanstrengungen notwendig, um das Haushaltsdefizit unter die Marke von 3 % des BIP zu drücken. Das Bankensystem Sloweniens dürfte in diesem Jahr nach fünf Jahren in Folge mit Verlusten wieder profitabel werden, was das Kreditangebot stärken sollte.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal 2015 um 3.7 % im Vorjahresvergleich bzw. um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen trugen das Wachstum. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 6.8 % und blieb damit im Jahresabstand unverändert. Der Leitzins wurde seit Anfang des Jahres vier Mal um jeweils 25 Basispunkte auf zuletzt 1.75 % gesenkt. Die niedrigen Zinsen dürften die Konjunktur in der Prognoseperiode stützen. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel führte zu einer Deflation (-1.4 % im Juli). Für 2016 und 2017 sind weitere Senkungen der Mehrwertsteuer sowie spürbare Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor geplant. Dadurch

weitet sich das Haushaltsdefizit aus, dürfte aber unter der 3-Prozent-Marke bleiben. Heuer und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung infolge der Implementierung von Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Strukturfonds, sowie steigender Realeinkommen und einer gelockerten Fiskalpolitik um 3.5 % bzw. 3.2 % expandieren.

Im zweiten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 2.2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.5 % gegenüber dem Vorquartal moderat. Die Expansion wurde von den Ausrüstungsinvestitionen und dem Konsum getragen. Der Beitrag der Nettoexporte wurde hingegen negativ. Die Inflationsrate betrug im Juli -1.0 %. Nach der deflationären Entwicklung seit Anfang des Jahres 2014 dürfte sich die Inflation nur langsam bis auf 1.0 % im Jahr 2016 erhöhen. Die Arbeitslosenquote lag im Juli mit 9.4 % um 2.1 Prozentpunkte unter dem Vorjahrsniveau. Mit steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode neue Impulse. Die besseren Wachstumsaussichten im Euroraum und der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürften die Exporte stützen. In den Jahren 2015 und 2016 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1.9 % bzw. 2.3 % zunehmen.

In **Kroatien** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal um 0.7 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 1.2 % gegenüber dem Vorquartal. Die Nettoexporte trugen positiv zum Wachstum bei, da die Importe langsamer als die Exporte zunahmen. Die Investitionen erhöhten sich nach sechs Quartalen mit einer negativen Entwicklung und der Konsum erholte sich aufgrund höherer verfügbarer Einkommen infolge der Steuerreform. Im Juli sank die Inflationsrate auf -0.2 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 15.1 % (-1.8 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). Infolge einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie günstigerer Wachstumsaussichten in der EU sind positive Impulse für die Exportwirtschaft zu erwarten. Steigende verfügbare Einkommen und ein stärkeres Verbrauchervertrauen dürften den privaten Konsum stützen. Höhere öffentliche Ausgaben im Vorfeld der Parlamentswahlen dürften ebenfalls wachstumsfördernd wirken. Im Jahr 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 0.7 % zunehmen. Im Jahr 2016 dürfte das BIP aufgrund einer Belebung der Investitionen, kofinanziert durch die EU, mit 1.0 % stärker expandieren.

In **Russland** war die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr stark rückläufig. Das BIP nahm im Jahresvergleich infolge eines kräftigen Rückgangs der Investitionen und des privaten Konsums um 3.4 % ab. Vor dem Hintergrund der hohen geopolitischen Unsicherheit war die Stimmung bei den Unternehmen von Zurückhaltung geprägt. Zusätzlich erschwerten die Sanktionen den Zugang russischer Unternehmen zu den internationalen Kapitalmärkten, während die Kreditvergabe ausländischer Banken in Russland sank. Insbesondere aufgrund des Verfalls des Erdölpreises brachen die Exporte ein (-30 %). Die schwache Binnennachfrage führte in Kombination mit einer protektionistischen Politik zu einem massiven Rückgang der Importe um 40 %, sodass die Nettoexporte das Wachstum stützten. Expansiv wirkte die Erhöhung der Staatsausgaben. Trotz der Rezession blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit moderat. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Juli lediglich 5.3 %. Dies ist teilweise auf eine unvollständige Registrierung entlassener Arbeitskräfte zurückzuführen. Trotz der konjunkturellen Talfahrt blieb die Inflationsrate mit 15.8 % im Juli insbesondere aufgrund der Abwertung des Rubel hartnäckig hoch. Trotzdem hat die Zentralbank seit Jänner den Leitzins von 17 auf 11 % gesenkt.

Angesichts der erheblichen gesamtwirtschaftlichen Belastungen ist ein weiterer Rückgang der Produktion in diesem Jahr zu erwarten. Die hohe Unsicherheit und die zunehmende Kapitalknappheit

dürften die private Investitionstätigkeit stark dämpfen. Der private Konsum dürfte 2015 und 2016 wegen sinkender Realeinkommen und höherer Zinsen für Konsumkredite zurückgehen. Dagegen könnten die anhaltend stark schrumpfenden Importe zu einem positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte führen. Die Staatsausgaben für ausgewählte öffentliche Infrastrukturprojekte erheblichen Umfangs sowie für Rüstungsgüter dürften expansiv wirken. Allerdings schränkt die schwache Entwicklung des Ölpreises den Spielraum der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr deutlich ein. Alles in allem ist ein Rückgang des russischen BIP um 3.7 % in diesem Jahr zu erwarten. Im kommenden Jahr könnte die Wirtschaftsleistung bei einer Stabilisierung des Ölpreises um 0.2 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014	2015	2016
Welthandel	2.1	2.7	3.3	2.5	3.2
BIP, real					
Deutschland	0.4	0.3	1.6	1.8	1.8
Italien	-2.8	-1.7	-0.4	0.6	1.2
Frankreich	0.2	0.6	0.2	1.0	1.4
Vereinigtes Königreich	0.7	1.7	3.0	2.6	2.5
Schweiz	1.1	1.9	2.0	0.8	1.3
USA	2.2	1.5	2.4	2.5	2.6
Japan	1.7	1.6	-0.1	0.6	1.0
China	7.7	7.7	7.3	6.7	6.4
Polen	1.8	1.7	3.4	3.5	3.4
Slowakei	1.6	1.4	2.4	2.8	3.2
Tschechien	-0.9	-0.5	2.0	3.7	2.8
Ungarn	-1.5	1.5	3.6	2.8	2.5
Slowenien	-2.7	-1.1	3.0	2.3	2.2
MOEL-5*)	0.6	1.0	3.0	3.3	3.1
Bulgarien	0.5	1.1	1.7	1.9	2.3
Rumänien	0.6	3.4	2.8	3.5	3.2
Kroatien	-2.2	-0.9	-0.4	0.7	1.0
Russland	3.4	1.3	0.6	-3.7	0.2
Euroraum	-0.8	-0.4	0.9	1.4	1.7
NMS-6**)	0.5	1.4	2.8	3.3	3.0
EU-28	-0.5	0.1	1.3	1.7	1.9
OECD	1.3	1.3	1.8	2.1	2.4
Österreichische Exportmärkte	0.8	3.1	2.8	3.0	4.5
USD/EUR Wechselkurs***)	1.29	1.33	1.33	1.11	1.10
Rohölpreis (Brent)***)****)	112.0	109.0	99.3	56.0	59.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

**) NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

****) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

In der österreichischen Außenwirtschaft bleibt auch 2015 die Konjunktur gedämpft. Nach einer rückläufigen Entwicklung zu Jahresbeginn wird sich jedoch die Exportdynamik im Jahresverlauf verbessern. Positive Impulse werden von der Abwertung des Euro und der damit im Zusammenhang stehenden Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft erwartet. Darüber hinaus sollte die konjunkturelle Festigung in den Nachbarländern, insbesondere in Italien, die österreichischen Exporte beleben. Hingegen hat sich das Welthandelswachstum im ersten Halbjahr verlangsamt. Dämpfend dürften sich auch die weltweit noch immer sehr verhaltene Investitionstätigkeit und die Russland-Ukraine-Krise auswirken. Die Warenexporte werden daher auch im laufenden Jahr ein vergleichsweise moderates Wachstum aufweisen. Die Tourismusexporte könnten sich dagegen etwas dynamischer als im Vorjahr entwickeln. Von der erwarteten Festigung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr wird voraussichtlich auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren. Im Prognosezeitraum wird die Handelsbilanz einen leichten Überschuss ausweisen.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria stiegen im zweiten Quartal 2015 im Vorjahresvergleich um 1.7 %. Die Exporte in den Euroraum erhöhten sich dabei um 0.4 %, während die Ausfuhren in die Länder außerhalb der Währungsunion um 3.1 % zulegten. Die stärkste Dynamik wiesen die Exporte nach Nordamerika und Asien auf, und die Exporte nach Osteuropa haben sich nach einem deutlichen Rückgang zuletzt stabilisiert. Nach Warengruppen verzeichneten die Exporte von Chemischen Erzeugnissen einen Rückgang von 1.2 %, die Exporte von Bearbeiteten Waren stiegen um 4.1 %. Die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen legten um 2.8 % zu. Die Exporte von Sonstigen Fertigwaren stiegen um 3.9 %. Die nominellen Warenexporte wuchsen im Jahr 2014 nur um 1.2 %. Mit einem Zuwachs von 2.3 % bleibt die Exportdynamik 2015 noch immer sehr schwach. Im Zuge der Aufhellung der Auslandsnachfrage ist für 2016 mit einem Exportwachstum von 5.3 % zu rechnen. Im Jahr 2015 dürften sich die Warenimporte geringfügig (0.3 %) ausweiten, nach einem Rückgang um 1.1 % im Vorjahr. Für das Jahr 2016 wird eine Beschleunigung des Importwachstums auf 4.9 % erwartet.

Nach einer guten Wintersaison verzeichnete die österreichische Tourismuswirtschaft im zweiten Quartal 2015 einen Nächtigungszuwachs um 4.3 %. Der Anstieg bei den deutschen Gästen geht auf die guten Witterungsbedingungen in Österreich zurück. Durch die Franken-Stärke ist Österreich im Vergleich zur Schweiz als Reiseziel attraktiver geworden. Das Nächtigungsplus bei den Reisenden aus den USA und Asien blieb nach wie vor sehr robust. In der zweiten Jahreshälfte 2015 dürfte der schwächere Euro die Auslandsnachfrage in der österreichischen Tourismuswirtschaft weiterhin stützen. Im Vorjahr gab es bei den nominellen Reiseverkehrsexporten einen Zuwachs um 1.7 %. In den Jahren 2015 und 2016 wird sich die Lage in der österreichischen Tourismuswirtschaft mit Wachstumsraten von 4.0 % bzw. 2.5 % verbessern. Für die Reiseverkehrsimporte werden Zuwächse um 1.0 % bzw. 3.3 % erwartet.

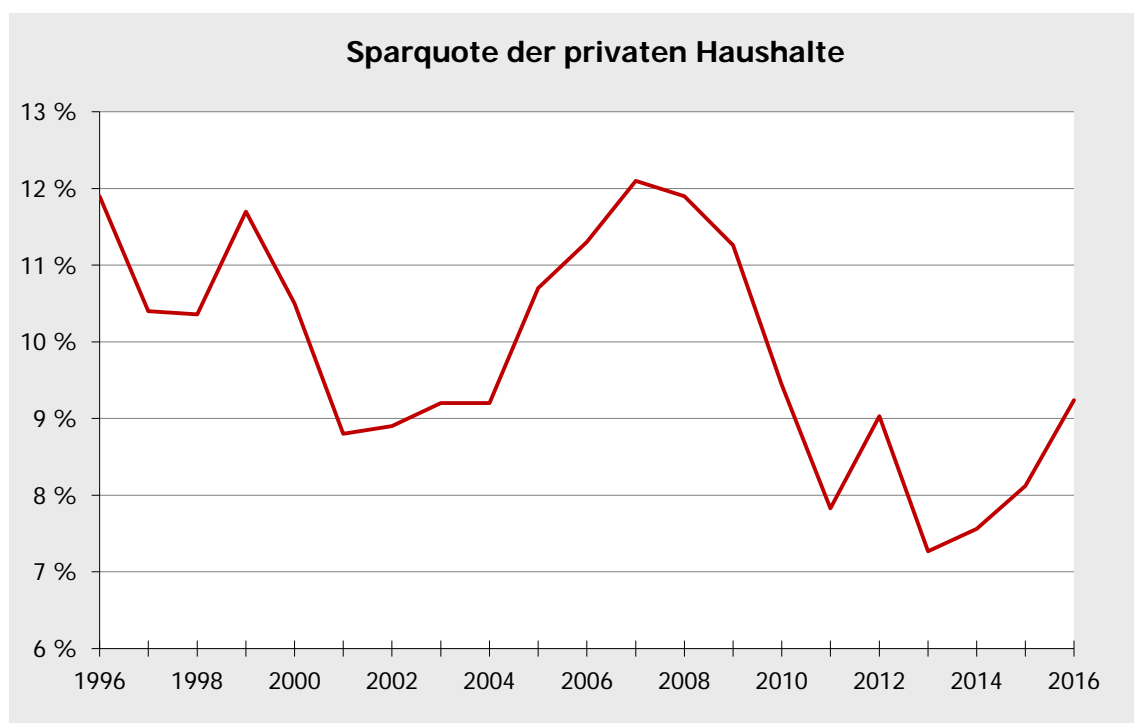
Nach einem Wachstum der **realen Exporte** i. w. S. laut VGR von 2.1 % im Vorjahr wird für 2015 eine Zunahme um 1.8 % erwartet. Im Jahr 2016 werden sie mit 3.9 % stärker zulegen. Nach 2.0 % im Vorjahr wird sich das Wachstum der realen Warenexporte 2015 auf 1.3 % verlangsamen und erst im Jahr 2016 auf 4.0 % beschleunigen. Mit der verhaltenen Exportdynamik und der gedämpften Binnennachfrage verlangsamt sich im Jahr 2015 die Importnachfrage. Eine stärkere Import-

dynamik ist erst 2016 wahrscheinlich. Die **realen Importe** i. w. S. laut VGR werden in den Jahren 2015 und 2016 um 0.9 % bzw. 3.9 % zunehmen, nach 1.3 % im Vorjahr. Für die realen Warenimporte ist mit einem Anstieg um 0.8 % bzw. 3.8 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

In der ersten Hälfte des heurigen Jahres verlief die Haushaltsnachfrage noch sehr zögernd, der Abstand zu den Vorjahreswerten kam über ein Zehntelprozent nicht hinaus. Jüngste Werte der monatlich erhältlichen Frühindikatoren lassen allerdings bereits Ansätze einer Belebung erkennen. So nehmen etwa die Pkw-Neuzulassungen im Jahresvergleich wieder zu, und die Umsätze bei Dienstleistungen und ganz speziell im Inlandstourismus zeigen eine steigende Tendenz. Die Aussichten auf eine Verbesserung der Einkommenssituation im kommenden Jahr durch die Steuerreform dürften die Haushalte schon jetzt dazu motivieren, bei Anschaffungen weniger Zurückhaltung zu üben.

Der **private Konsum** wächst im laufenden Jahr real um 0.4 %, im nächsten Jahr um 1.5 %. Die Einschätzung für 2015 ist also niedriger als in der Juni-Prognose und berücksichtigt die aus dem ersten Halbjahr vorliegenden schwachen Werte, unterstellt aber weiterhin die angesprochene Belebung im zweiten Halbjahr, wobei in der Konsumnachfrage traditionell dem vierten Quartal, dem „Weihnachtsquartal“, eine besondere Bedeutung zukommt. Da die Vorausschau für das Realeinkommenswachstum 2015 mit 1.1 % unverändert bleibt, ergibt sich gegenüber der letzten Prognose ein stärkerer Sparsaldo für die österreichischen Haushalte. Im kommenden Jahr lässt die Steuerreform die verfügbaren Realeinkommen um 2.8 % expandieren, was es den Haushalten erlauben wird, gleichzeitig ihre Sparziele und ihren Bedarf an Waren und Diensten zu befriedigen. Das stärkste Konsumwachstum seit 2011 wird dann von einer steigenden Haushaltssparquote begleitet.



Die Grafik zeigt die zyklischen Bewegungen in der Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Ähnlich wie bei der vorletzten Steuerreform in den Jahren 2004/2005 befindet sich derzeit die Haushaltssparquote in einer Aufbauphase. Im Reformjahr 2005 wuchs der Konsum etwa halb so stark wie das verfügbare Realeinkommen, und die Sparquote legte um 1.5 Prozentpunkte zu. Das

Muster ist diesmal etwas schwächer, die Dynamik verläuft aber insgesamt parallel: das Realeinkommenswachstum von 2.8 % ist fast doppelt so stark wie die Konsumexpansion von 1.5 %, und die Sparquote erhöht sich innerhalb eines Jahres um 1.1 Prozentpunkte. Deren Niveau kommt dann dem längerfristigen Mittel von rund 10 % schon recht nahe.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, seine Dynamik hat sich jedoch zuletzt deutlich vom Konsum der Haushalte getrennt, die Zuwachsraten sind systematisch höher. In den Prognosejahren wächst dieses Aggregat real um 2.0 % bzw. 2.3 %.

Aufgrund der schwachen Konjunktur fehlte es der Investitionstätigkeit im ersten Halbjahr 2015 an Schwung. Bei den Ausrüstungsinvestitionen konnte zuletzt immerhin ein leichtes Wachstum beobachtet werden, aber die Bautätigkeit kam bisher nicht in Gang.

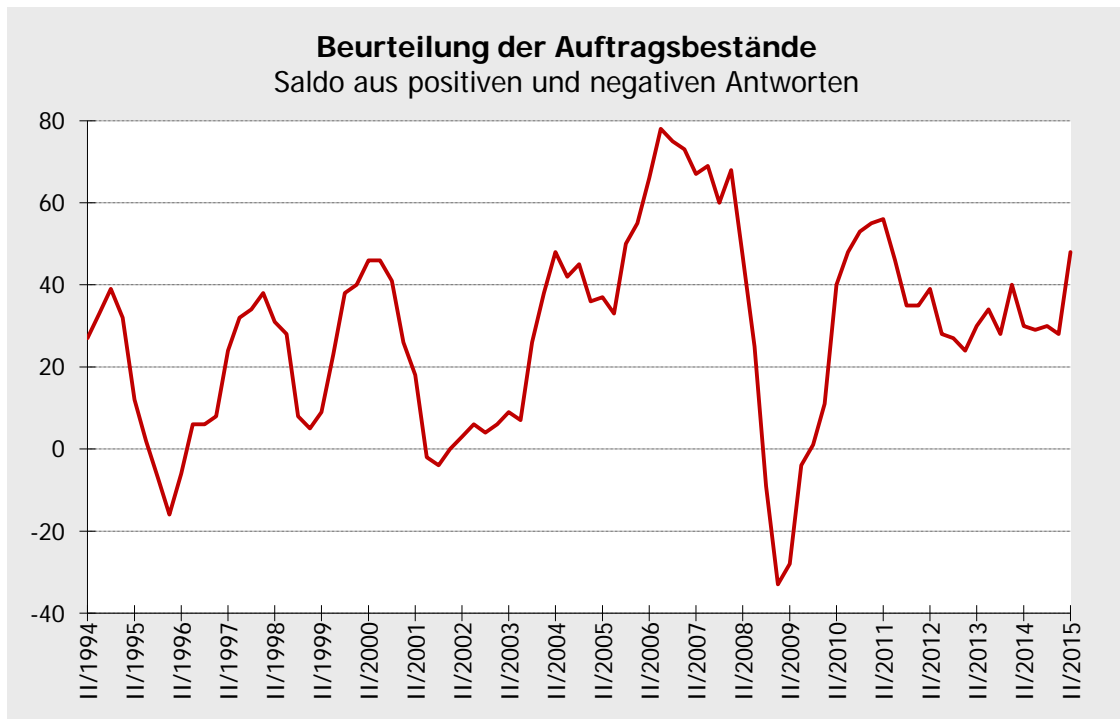
Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen, Forschung und Entwicklung) lagen im Durchschnitt des ersten Halbjahres um 0.5 % unter dem Stand aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auf einen Rückgang um 1.0 % im ersten Quartal folgte im zweiten Jahresviertel eine Stagnation. Die einzelnen Investitionssegmente entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte sehr unterschiedlich. Die Anschaffungen von Maschinen und Geräten stiegen leicht um 0.3 %, während um 12.7 % weniger Fahrzeuge angeschafft wurden. Vor dem Hintergrund steuerrechtlicher Änderungen wie der Reform der Normverbrauchsabgabe im Frühjahr 2014 entwickeln sich die Fahrzeuginvestitionen sehr volatil. Die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien wurden im ersten Halbjahr um 13.0 % ausgeweitet. Positiv entwickelten sich auch die übrigen Ausrüstungsinvestitionen mit Ausnahme der Investitionen in immaterielle Güter.

Da sich die Konjunktur in Österreich nur allmählich erholt, dürfte auch die Investitionstätigkeit zunächst kaum Dynamik entfalten und sich erst im kommenden Jahr stärker beleben. Auch dann werden aber die von früheren Aufschwüngen gewohnten Wachstumsraten nicht erreicht. Für eine graduelle Erholung der Sachkapitalbildung sprechen die höheren Auftragseingänge und die besseren Produktionserwartungen der Industrieunternehmen sowie die steigende Kapazitätsauslastung. Zudem bleiben die langfristigen Zinssätze niedrig und die Unternehmen verfügen über beträchtliche Mittel zur Selbstfinanzierung der Investitionen.

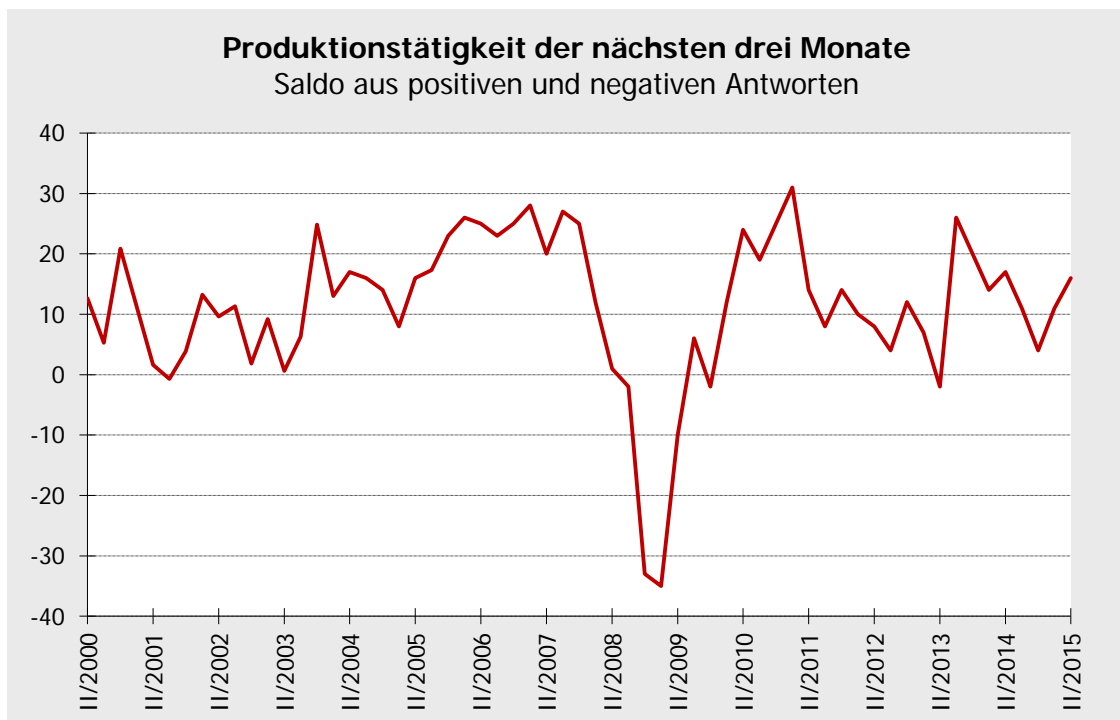
Alles in allem geht das Institut davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2015 stagnieren und im Jahr 2016 um 2.3 % steigen werden. Die zwar steigende, aber weiterhin niedrige Kapazitätsauslastung und die schwierigen Rahmenbedingungen, etwa im Hinblick auf die Unsicherheit bezüglich der globalen Konjunkturentwicklung oder die heimischen Standortbedingungen, dürften einem stärkeren Anziehen der Investitionstätigkeit im Wege stehen.

Im Einklang mit der kraftlosen internationalen Investitionskonjunktur und den fallenden Rohstoffpreisen stieg der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr nur um 0.8 %. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum weitgehend stabile Rohstoffpreise und kaum Veränderungen beim Außenwert des Euro. Von dieser Seite wird also kein nennenswerter Preisdruck ausgehen. Die anziehende internationale Investitionstätigkeit wird aber wohl zu einer leichten Beschleunigung des Preisauftriebs bei den Ausrüstungsgütern führen. Vor diesem Hintergrund dürfte

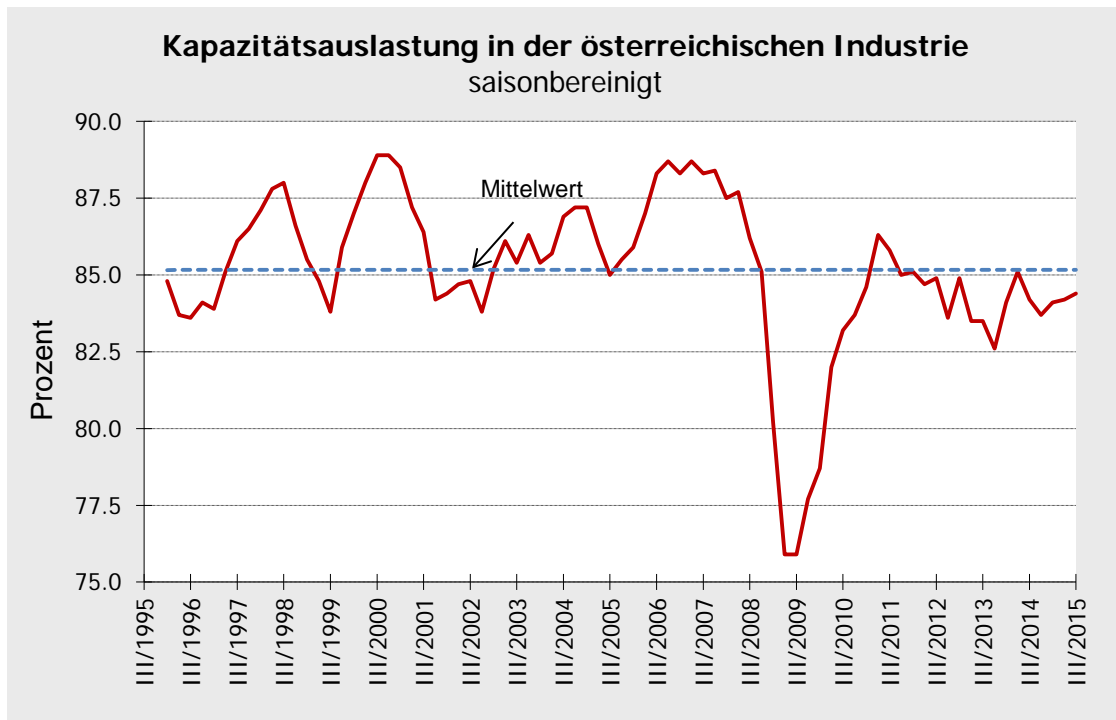
der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 0.8 % und im kommenden Jahr um 1.2 % steigen.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** sind im ersten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres um 2.2 % gesunken, wobei der Rückgang bei den Wohnbauten mit 3.1 % stärker als bei den sonstigen Bauinvestitionen mit 1.4 % ausfiel. In saisonbereinigter Betrachtung sinken die Wohnbauinvestitionen bereits seit Anfang 2014, wobei sich der Rückgang im Lauf des heurigen Jahres leicht abgeschwächt hat und zuletzt 0.4 % betrug. Bei den sonstigen Bauinvestitionen ist das Bild weniger eindeutig, denn einem kontinuierlichen Rückgang im Jahresverlauf 2014 folgte im heurigen Jahr ein leichter Anstieg im ersten Quartal, dann aber ein erneuter Rückgang im zweiten Jahresviertel.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen allmählich erholen. Für die Wohnbautätigkeit sind die Rahmenbedingungen überwiegend günstig. Die Bevölkerung in Österreich steigt, die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig und die Liquidität ist hoch. Zudem stützt die öffentliche Hand den Wohnbau in den kommenden Jahren durch zusätzliche finanzielle Mittel. Die hohe Arbeitslosigkeit belastet allerdings das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die Bereitschaft, langfristige finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Auch die Entwicklung der Baubewilligungen signalisiert noch keine Erholung der Wohnbautätigkeit. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Einklang mit der allgemeinen Konjunkturerholung beleben. Auch in diesem Segment wirken die niedrigen Zinsen und die generell solide Liquiditätsausstattung der Unternehmen förderlich. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden aufgrund der angespannten Finanzlage des Staates schwach bleiben. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2015 um 1.1 % sinken, nachdem sie bereits in den Jahren 2013 und 2014 um 2.1 % bzw. 1.0 % zurückgegangen waren. Für das kommende Jahr erwartet das Institut ein leichtes Wachstum um 1.1 %.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate 2015 stiegen die Preise im Hochbau um 1.9 %. Damit hat sich der Preisauftrieb in diesem Segment zwar gegenüber 2014 abgeschwächt, blieb aber deutlich höher als im Tiefbau. In diesem Bereich war im ersten Halbjahr sogar ein Preisrückgang um 0.6 %

zu beobachten. Insgesamt übertrafen die Baupreise im Durchschnitt der ersten sechs Monate ihr Niveau aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0.8 %. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im selben Zeitraum um 1.5 %, was ebenfalls eine merkliche Abschwächung gegenüber dem Jahr 2014 darstellt. Wegen der nur allmählichen Erholung der globalen Konjunktur und der weitgehend stabilen Rohstoffpreise dürften die Preise der auf Öl basierenden Materialien wie Bitumen, aber auch die Kosten anderer Rohstoffe wie Stahl im Prognosezeitraum nur wenig anziehen. Insgesamt dürfte der Preisindex der Bauinvestitionen heuer um 1.5 % und im kommenden Jahr um 1.8 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** im laufenden Jahr um 0.5 % zurückgehen und im Jahr 2016 um 1.7 % ausgeweitet werden. Die Lagerbestandsveränderungen werden im Jahresdurchschnitt 2015 neutral und im kommenden Jahr leicht positiv auf das Wirtschaftswachstum wirken. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) werden gemäß der vorliegenden Prognose somit im heurigen Jahr um 0.5 %, also im selben Ausmaß wie die Anlageinvestitionen, sinken und im kommenden Jahr um 2.4 % zulegen.

Die Steuerreform und das gleichzeitig notwendige Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung prägen die Lage der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum. Das Institut unterstellt dabei, dass die beschlossenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Die Rückkehr zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt wird in den nächsten beiden Jahren aufgrund des nur verhaltenen Wirtschaftsaufschwungs, der zusätzlichen Belastung durch die Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe Adria (HETA) und insbesondere durch die Steuerreform kaum zu erreichen sein. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird zwar im Jahr 2015 auf 1.7 % zurückgehen, durch die Steuerreform wird die Rückführung des Maastricht-Defizites im Jahr 2016 jedoch unterbrochen und das Budgetdefizit wird voraussichtlich auf 2.0 % ansteigen. Dieser Anstieg des Maastricht-Defizits ist wesentlich durch die beschlossene Steuerreform bedingt. In voller Wirkung ist ein Volumen von 5.2 Mrd. Euro vorgesehen, welches prinzipiell vollständig gegenfinanziert werden soll. Nach derzeitigen Einschätzungen erwartet das Institut für 2016 einen Anstieg des Maastricht-Defizits infolge der Steuerreform um knapp 2 Mrd. Euro.

Kernstücke der Steuerreform sind eine Abflachung des progressiven Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer und die Ausweitung der Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Kleinstverdiener. Gemeinsam werden diese beiden Maßnahmen im Jahr 2016 mit einer Reduktion der Steuereinnahmen von 4.0 Mrd. Euro in der Prognose berücksichtigt. Ebenfalls werden die Verdopplung des Kinderfreibetrages und die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung bereits voll im Jahr 2016 berücksichtigt. Im Gegensatz dazu werden nach Einschätzung des Instituts nicht die gesamten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Steuerreform bereits im Jahr 2016 wirksam.

Die Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug soll laut Ministerratsvorlage längerfristig Mehreinnahmen von insgesamt 1.9 Mrd. Euro erbringen. Die größten Bereiche sind die Registrierkassenpflicht mit 900 Mio. Euro und die Bankauskünfte im Zusammenhang mit Abgabenprüfungen mit 700 Mio. Euro Mehreinnahmen. Beide Maßnahmen wirken jedoch gemäß dem Vorblatt zum Steuerreformgesetz und nach Einschätzung des Instituts mit gewisser Zeitverzögerung, weshalb sie nur jeweils zur Hälfte bereits für 2016 berücksichtigt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Strukturmaßnahmen im Steuerrecht, welche 900 Mio. Euro zur Gegenfinanzierung beitragen sollen. Die Verschiebung der

Erhöhung der reduzierten Mehrwertsteuersätze auf April 2016 deutet darauf hin, dass im Jahr 2016 wohl nicht das volle Potenzial erreicht werden kann, weshalb die Wirkung dieser Maßnahmen ebenfalls nur zum Teil berücksichtigt wird. Weitere 400 Mio. Euro Mehreinnahmen, welche über Änderungen in der Besteuerung von Immobilienübertragungen und Kapitalerträgen und durch die außergewöhnliche Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage des ASVG eingeplant sind, werden trotz gewisser Unsicherheit hinsichtlich des zeitlichen Horizonts voll berücksichtigt. Die 1.1 Mrd. Euro Einsparungen bei der Verwaltung und bei Förderungen sollen nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs bei Bund, Ländern und Gemeinden erzielt werden. Dieses Ziel erscheint bei einem strikten Budgetvollzug erreichbar, viele der möglichen Einsparungen in der Verwaltung werden jedoch erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam und sind daher ebenfalls nur zum Teil in der Prognose für 2016 berücksichtigt. Die restlichen 850 Mill. Euro der Gegenfinanzierung sollen sich laut der Ministerratsvorlage durch gestiegene ökonomische Aktivität (insbesondere zusätzlicher Konsum) selber finanzieren. Das Institut geht ebenfalls von einem positiven Selbstfinanzierungsbeitrag der Steuerreform aus, sieht diesen jedoch etwas geringer und zum Teil auch mit einer größeren zeitlichen Verzögerung.

Damit besteht beträchtlicher weiterer Konsolidierungsbedarf in der Größenordnung von zumindest einem ½ Prozentpunkt des BIP, um das Ziel des strukturellen Nulldefizites im Jahr 2016 zu erreichen. Zusätzliche Unsicherheiten bestehen in den Bereichen Gesundheit und Pflege und bei den Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters. Weitere Belastungen des Budgets aufgrund der Flüchtlingssituation sind in dieser Prognose nicht berücksichtigt. Die Einbindung der subnationalen Gebietskörperschaften im Zuge der derzeitigen Neuverhandlung des Finanzausgleichs wird entscheidend sein für die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Durch klare Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen sollten Mehrfachzuständigkeiten abgeschafft werden. Gemeinsam mit besserer Anreizkompatibilität können so Effizienzgewinne in der öffentlichen Verwaltung erzielt werden.

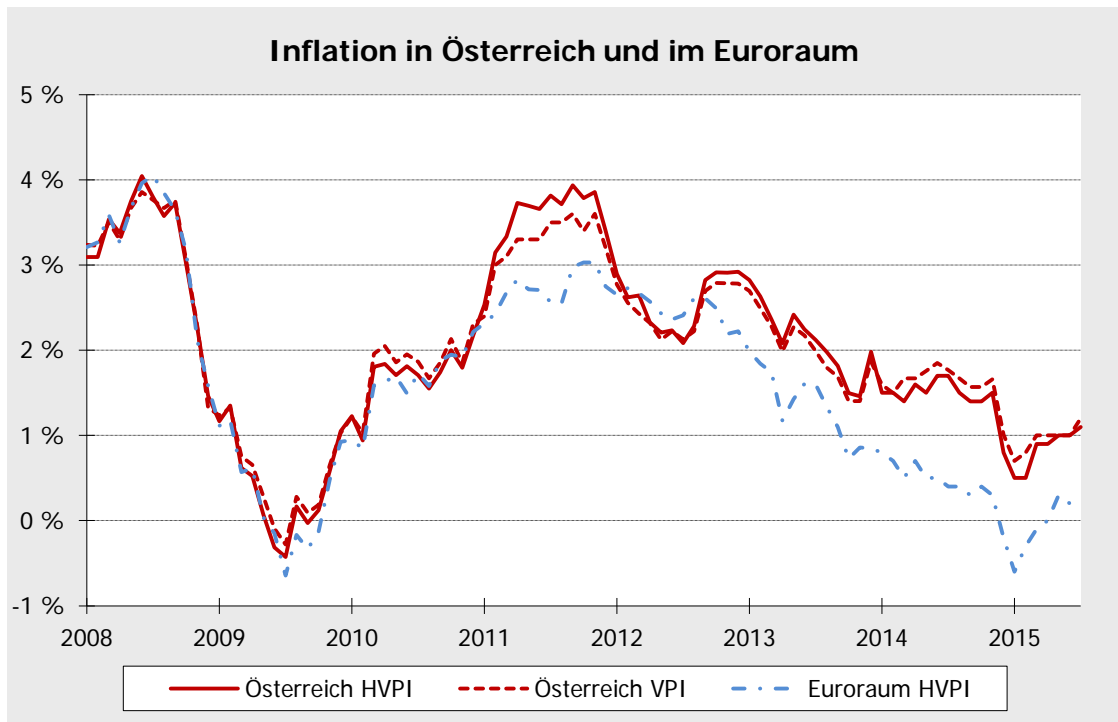
In diesem Jahr sieht das Institut trotz des anhaltend geringen Wirtschaftswachstums aufgrund der Wirkung des bisherigen Aufschubs der Steuerreform und der damit verbundenen Wirkung der Kalten Progression weiterhin ein robustes Wachstum der lohnabhängigen Abgaben. Bei den Produktionsabgaben hemmen jedoch die Unsicherheit und das nur langsam steigende Realeinkommen das Wachstum der Einnahmen. Diese konjunkturell bedingte Stabilisator-Wirkung des Steuersystems wird weiterhin durch das außerordentlich niedrige Zinsniveau zu einem beträchtlichen Teil kompensiert. Trotz der wachsenden Verschuldung gehen daher die Finanzierungskosten für den Staat deutlich zurück. Gemeinsam mit dem stärkeren Anstieg der Einnahmen aus Konsumsteuern aufgrund der Steuerreform fällt damit das zusätzliche Defizit aufgrund des reduzierten Lohn- und Einkommensteueraufkommens weniger hoch aus. Der reale öffentliche Konsum wird aufgrund der beschlossenen und notwendigen Einsparungsmaßnahmen nur um 0.5 % und 0.3 % wachsen und daher nicht in der Lage sein, wesentliche Wachstumsimpulse zu liefern.

Laut den vorliegenden Quartalsdaten der VGR sind die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im ersten Halbjahr 2015 um 2.0 % gewachsen und somit gegenüber dem Vergleichswert der Vorjahresperiode leicht gestiegen. Dies darf aber nicht über den seit 2012 anhaltenden Trend eines sich verlangsamenden Lohnzuwachses hinwegtäuschen. Die Tariflöhne entwickelten sich parallel zu dieser Entwicklung und stiegen in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres um

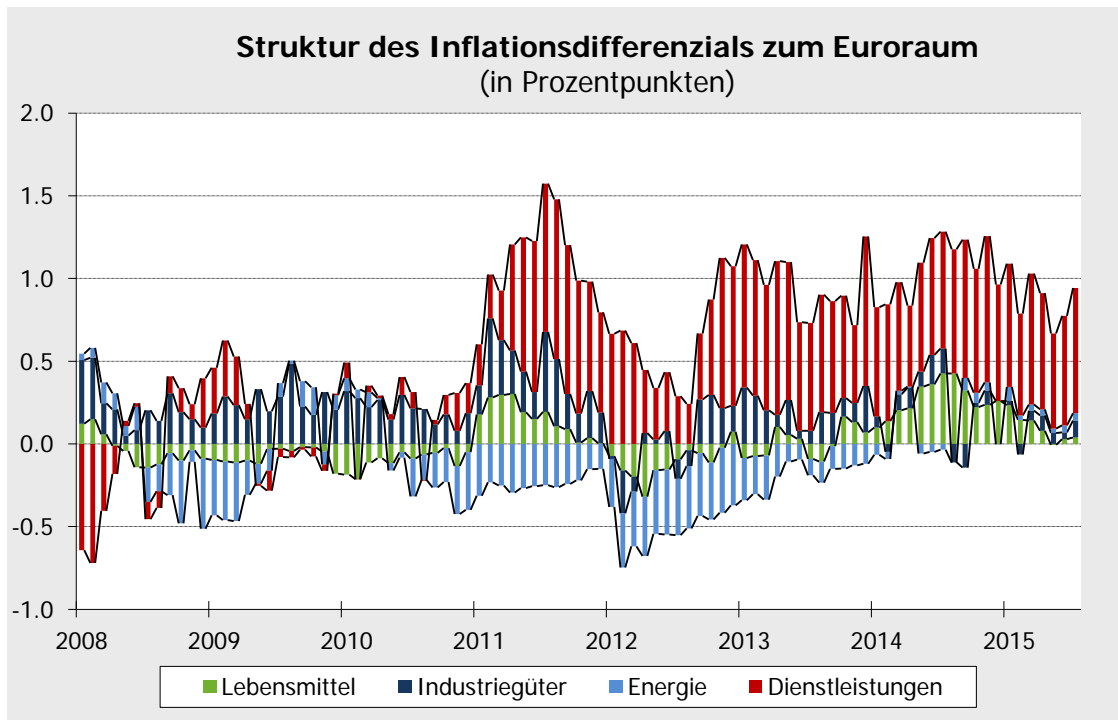
2.1 % gegenüber der Vorjahresperiode an. Die Lohndrift, die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen, ist somit zwar noch immer negativ, aber seit gut drei Jahren wieder annähernd ausgeglichen. Für den weiteren Jahresverlauf erwartet das Institut eine unveränderte Dynamik, sodass sich eine Zunahme der Effektivverdienste von 1.8 % für den Jahresschnitt 2015 ergibt. Bereinigt man diese um die Inflation (Konsumdeflator), steigen die Reallöhne um 0.6 %. Für 2016 erwartet das Institut einen Anstieg der Effektivverdienste um ebenfalls 1.8 %. In realer Rechnung würde dies einen Rückgang der Bruttolöhne implizieren. Hierbei ist aber die Steuerreform zu beachten. Während die Nettoeallöhne, also nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, heuer stagnieren, ergibt sich nächstes Jahr ein Zuwachs von rund 2 %. Dies unterstellt für die Lohnrunde, dass ein Teil der geringeren Besteuerung des Faktors Arbeit auf die Arbeitgeber überwälzt wird.

Die **Inflation** laut VPI belief sich im Jahr 2014 auf 1.7 %. Nach der überraschenden Ankündigung der OPEC Ende November, die Ölfördermengen nicht zu drosseln, fiel die Inflationsrate im Dezember auf 1.0 %. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres erfolgte ein weiterer Rückgang auf 0.7 % bzw. 0.8 %. Von März bis Juni lag sie konstant bei 1.0 % und beschleunigte erst im Juli auf 1.2 %, wo sie auch laut jüngster Schnellschätzung für August liegen dürfte. Aufgrund der jüngsten Rückgänge des Ölpreises, geht das Institut für den Jahresdurchschnitt 2015 nun von nur noch 55 US-Dollar pro Barrel Brent aus. Somit wird für den Jahresdurchschnitt 2015 die Prognose der Inflationsrate auf 1.1 % leicht nach unten revidiert. Im nächsten Jahr wird sich der Inflationsdruck leicht erhöhen. Dies geht hauptsächlich auf den auslaufenden Basiseffekt der Energiepreise zurück. Von den Lohnstückkosten geht unverändert kein besonderer Preisdruck aus. Die konjunkturelle Erholung und die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 10 % auf 13 % in ausgewählten Bereichen wie zum Beispiel Beherbergung und kulturelle Dienstleistungen werden sich aber in der Inflationsrate bemerkbar machen. So geht das Institut davon aus, dass die Steuerreform die Inflation um 0.2 Prozentpunkte erhöht. Dies schließt auch mögliche Preiserhöhungen im Zuge der Einführung der Registrierkassen ein. Alles in allem geht das Institut somit von einer Inflationsrate von 1.8 % im Jahr 2016 aus.

Getrieben von Preisanpassungsprozessen in den Peripherieländern des Euroraums sank die Inflation laut HVPI im Euroraum kontinuierlich über das ganze Jahr 2014. Der Ölpreisschock führte zu negativen Inflationsraten im gesamten ersten Quartal dieses Jahres, mit bis zu -0.6 % im Jänner. Ab April stieg die Inflationsrate wieder leicht an und verweilte in den letzten drei Monaten bei 0.2 %. Der hohe Inflationsunterschied Österreichs zum Durchschnitt des Euroraums von 0.9 Prozentpunkten (Juli 2015) wird weiterhin stark getrieben durch die hohen Inflationsbeiträge aus dem Bereich der Dienstleistungen, wobei ein nicht unerheblicher Teil von der Kategorie „Restaurants, Cafés und dergleichen“ herrührt. Aber auch alle anderen Aggregate (also Lebensmittel, Konsumgüter und Energie) haben – wenn auch nur geringfügig – positiv zum Inflationsdifferenzial beigetragen. Der gesunkene Ölpreis hat sich in Österreich weniger stark preisdämpfend ausgewirkt als im Euroraum-Durchschnitt. Dies ist mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass Österreich als relativ reiches Land (z.B. gemessen am BIP pro Kopf) einen geringeren Anteil seiner Konsumausgaben auf energieintensive Waren und Dienstleistungen verwenden muss. Somit schlägt der dämpfende Impuls der Energiepreise weniger stark auf die Teuerung des österreichischen Warenkorb durch.



Quelle: Statistik Austria



Quelle: Eurostat

Die verhaltene Konjunkturentwicklung und das kräftig steigende Arbeitskräfteangebot, insbesondere aus dem Ausland, sind nach wie vor die dominanten Faktoren am Arbeitsmarkt. Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigung zwar merklich zulegen, dies reicht aber nicht aus, um das weiter wachsende Arbeitskräfteangebot vollständig aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler

Definition klettert laut Prognose in diesem Jahr auf 9.2 %. Gestützt von der sich verfestigenden Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage im nächsten Jahr stabilisieren (9.3 %).

Seit Jahresbeginn legt die Beschäftigung um durchschnittlich gut $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte zu. Im Juli stieg die **Aktiv-Beschäftigung** um 36,500 Personen bzw. 1.0 % an. Hierbei nahm die Beschäftigung von Frauen etwas stärker als die der Männer zu. In sektoraler Sicht erhöhte sich die Beschäftigung im Jahresvergleich weiterhin nur im Dienstleistungssektor (39,200), hingegen verzeichneten die Sachgüterproduktion (-3,900) und der Bau (-1,000) Beschäftigungsrückgänge. Diese Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur erklären den steigenden Teilzeit-Anteil. Die Daten reflektieren die weiterhin schwache Entwicklung in der Industrie, so verzeichneten die Branchen Maschinen- und Fahrzeugbau (-2,500), Holz/Papier (-1,400) sowie Herstellung von Glaswaren/Möbel/sonstige Waren (-1,100) markante Beschäftigungsverluste. Rückläufig war die Beschäftigung auch bei den besonders konjunktur reagiblen Leiharbeitsfirmen (-2,700). Weiterhin kräftig expandiert hingegen die Beschäftigung im öffentlichen Sektor im weiteren Bereich (15,800, davon 7,200 im Gesundheitswesen). Daneben verzeichneten auch Beherbergung/Gastronomie (6,300), wirtschaftsnahe Dienstleistungen (5,700) und der Handel (3,800) merkliche Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich. Ausgehend von der schwachen Beschäftigungszunahme im Vorjahresmonat stieg im August die Beschäftigung um 48,000 Personen.

In den kommenden Monaten sollte das Tempo der Beschäftigungsdynamik in etwa gleich bleiben. Auf eine positive Beschäftigungsdynamik deutet auch die steigende Zahl an offenen Stellen hin. Somit erwartet das Institut weiterhin ein Beschäftigungswachstum von 0.8 % im Jahresdurchschnitt 2015. Die stärkere Konjunkturdynamik wird erst mit Verzögerung am Arbeitsmarkt wirksam und es ist zu vermuten, dass die Unternehmen die verbesserte Konjunktur dazu nutzen werden, die Arbeitsproduktivität wieder zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund geht das Institut von einem Beschäftigungsanstieg um 0.9 % im nächsten Jahr aus.

Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. So lag im August die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 35,000 Personen bzw. 11.9 % über dem Vorjahresniveau. Bereinigt um den Rückgang in der Schultätigkeit (-6,000) beläuft sich der Anstieg auf 8.1 %. Dabei steigt die Arbeitslosigkeit bei den Männern schneller als bei den Frauen. Ausländische Arbeitskräfte sind überdurchschnittlich von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen. In sektoraler Hinsicht erhöhte sich die Arbeitslosenzahl weiterhin besonders stark im Dienstleistungsbereich. Während die Zahl der Erwerbslosen insbesondere bei den sonstigen bzw. öffentlichen Dienstleistungen (2,100 bzw. 15.9 %; 6,150 bzw. 14.1 %) äußerst kräftig anstieg, betrug der Zuwachs in der Sachgüterproduktion nur 2,300 Personen bzw. 8.4 %. Verlangsamt hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Arbeitskräfteüberlassern (3,200 Personen bzw. 10.0 %).

Arbeitsmarktentwicklung 2015

	Jänner bis August (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	27,145	0.8 %
Männer	11,807	0.6 %
Frauen	15,337	0.9 %
Aktiv-Beschäftigte*	29,200	0.9 %
Primärer Sektor	1,736	2.5 %
Sachgüterproduktion	-3,179	-0.5 %
Bau	-1,726	-0.7 %
Dienstleistungssektor	32,356	1.3 %
Arbeitslose	38,642	12.3 %
Männer	24,452	13.5 %
Frauen	14,190	10.7 %
Schulungsteilnehmer	-10,148	-13.5 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Im weiteren Jahresverlauf wird die Dynamik bei den Arbeitslosenzahlen aufgrund des weiter steigenden Arbeitskräfteangebots hoch bleiben. Gegeben die Beschäftigungsentwicklung erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2015 nunmehr einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 37,500 Personen. Aufgrund der verbesserten Konjunktursituation und des etwas schwächeren Anstiegs des Arbeitskräfteangebots sollte nächstes Jahr die Arbeitslosenzahl deutlich langsamer ansteigen (10,000). Es besteht allerdings weiterhin ein Prognoserisiko. So könnten etwa eine höhere Arbeitsproduktivität, Hysteresiseffekte bei den Arbeitslosen oder ein neuerliches Anziehen der Zuwanderung zu merklich höherer Arbeitslosigkeit führen. Die aktuell starke Zunahme der Asylwerber wurde aufgrund der herrschenden Unsicherheit (etwa Dauer des Asylverfahrens, Zielland) in dieser Prognose nicht berücksichtigt. Es ist jedoch zu erwarten, dass mit dem Anstieg der Personen mit Arbeitsmarktzugang (anerkannte Flüchtlinge) die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr leicht ansteigen dürfte.

Laut Prognose wird die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) im Jahresdurchschnitt 2015 9.2 % betragen. Für 2016 wird eine Arbeitslosenquote von 9.3 % erwartet. Somit sollte die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode in beiden Jahren 5.8 % betragen.

Die steigenden Arbeitslosenzahlen haben die Arbeitsmarktpolitik wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Unzweifelhaft geht ein Teil der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf konjunkturelle Effekte sowie das deutlich höhere Arbeitskräfteangebot zurück. Es besteht aber auch struktureller Anpassungsbedarf am österreichischen Arbeitsmarkt. Insbesondere die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten sind schlecht und die Nachfrage nach unqualifizierten Tätigkeiten wird weiter zurückgehen. Ein verstärkter Einsatz von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sollte daher angedacht werden. Jedenfalls müssen diese Kurse eine starke Qualifizierungskomponente aufweisen. Weiterhin Priorität sollte auch Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Lang-

zeitarbeitslosigkeit zukommen. Weiters solle auch beim Mix der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hohe Flexibilität bestehen. Eine zu starke budgetäre Bindung auf ein Instrument bzw. Zielgruppe kann einem effizienten Mitteleinsatz entgegenstehen. Weiterhin bestehen Defizite bei präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („Lifelong learning“, betriebliche Gesundheitsförderung, frühkindliche Förderung, Bildungsreform).

Notwendig erscheinen aber auch steuerliche Maßnahmen zu einer Entlastung bei den Lohnnebenkosten. Damit könnte die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gehoben werden. Eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen würde in der gegenwärtigen Wirtschaftslage bestenfalls marginale Effekte zeitigen. Hinsichtlich von Arbeitszeitüberlegungen ist zu bemerken, dass Ansätze einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung vom Institut äußert kritisch gesehen werden. Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, etwa auf betrieblicher Ebene, erscheinen dagegen erfolgversprechender. Die starke Zuwanderung ist sicherlich mit ein Grund für die steigenden Arbeitslosenzahlen, dies gilt jedenfalls in kurzer Frist. Allerdings ist vor dem Hintergrund der demografischen Alterung eine Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials, die sowohl über Zuwanderung als auch höhere bzw. längere Erwerbsbeteiligung erfolgen muss, positiv zu bewerten. Das deutlich zunehmende Arbeitslosigkeitsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund legt aber nahe, dass Integrationsmaßnahmen mit stärkerem Arbeitsmarktbezug eingesetzt werden sollten.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0.05 % und liegt damit praktisch bei Null. Der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt bei -0.20 %, Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. In der Schweiz liegt das gesamte Zielband für den Dreimonats-Libor weiterhin im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%). Auch in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen blieben die Leitzinsen im laufenden Quartal unverändert. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt weiterhin merklich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im Februar kam allerdings der rückläufige Trend zu einem Halt und im Mai wurde dann erstmals wieder eine positive Inflationsrate verzeichnet. Im Juni, Juli und August belief sich die Inflation im Euroraum auf 0.2 %, 0.2 % bzw. 0.1 %. Im Prognoseraum erwartet das Institut keinen Zinsschritt der EZB. Für Österreich bleibt die Geldpolitik weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2012	0.75	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
14.9.2015	0.05	0 – 0.25	0.5	-1.25 – -0.25	0.1

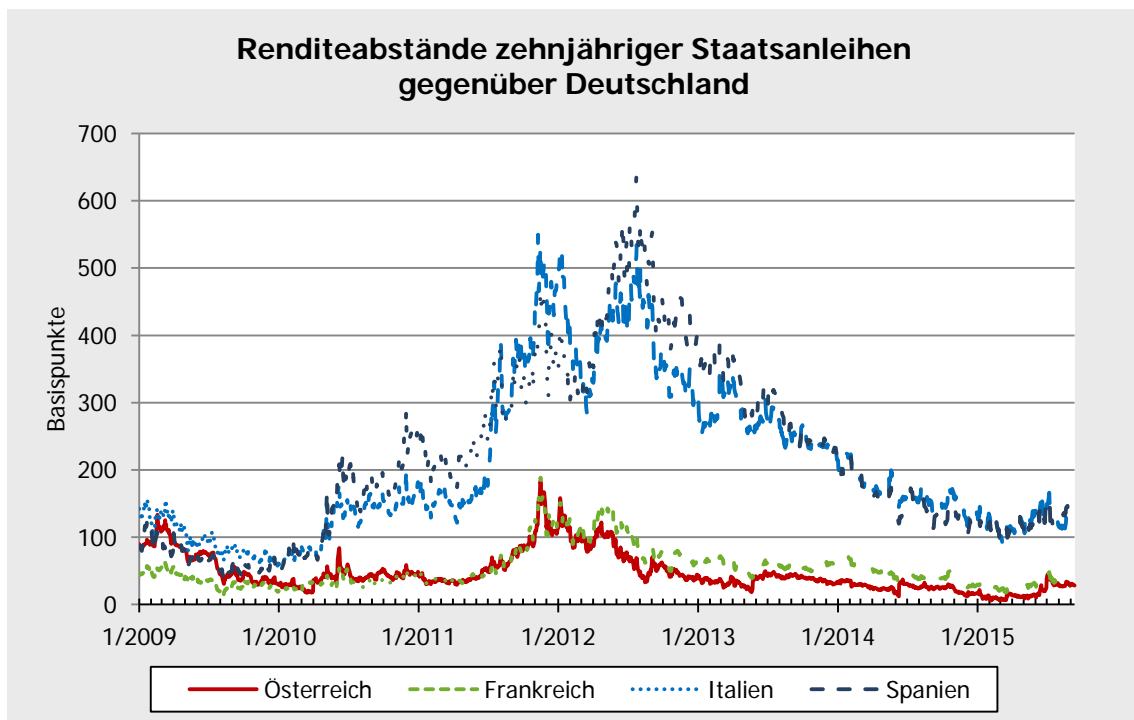
Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die EZB hat Anfang September bekräftigt, ihre derzeitigen Programme zum Ankauf von Vermögenspapieren (*Quantitative Easing*) im Ausmaß von rund 60 Mrd. Euro pro Monat bis September 2016 weiterführen zu wollen oder doch zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung eintritt. Sie hat ebenfalls auf gestiegene Risiken hingewiesen und in diesem Zusammenhang eine Ausweitung der Kaufprogramme nicht ausgeschlossen. Die Geldmarktzinsen sind in den vergangenen Monaten marginal zurückgegangen, wobei die 3-Monats-Zinsen weiterhin leicht im negativen Bereich notieren. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im dritten Quartal des laufenden Jahres 0.0 %. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2015 und 2016 beträgt 0.0 % bzw. 0.1 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind – nach einem starken Anstieg im zweiten Quartal des laufenden Jahres – im dritten Quartal weitgehend konstant geblieben bzw. leicht gesunken. Damit lag das Renditeniveau im Durchschnitt des dritten Quartals deutlich oberhalb des Niveaus vom zweiten Quartal. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten zu 1.0 % bzw. 0.7 %. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorquartal um rund 30 bzw. 20 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lagen die Renditen niedriger, und zwar um rund 30 bzw. 40 Basispunkte. Die Entwicklung steigender Renditen wird hauptsächlich mit positiveren Konjunkturaussichten und der sich langsam normalisierenden Inflationsentwicklung erklärt.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere groß hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Bis vor einigen Monaten sind die

Spreads (Renditeabstände) zu Deutschland im Euroraum noch weitläufig zurückgegangen, seit April scheint allerdings die Unsicherheit bezüglich solider Staatsfinanzen in einigen europäischen Ländern wieder zu wachsen, was sich in steigenden Spreads widerspiegelt. Die gilt beispielsweise für Italien und Spanien (siehe auch untenstehende Grafik). Die Situation in Griechenland hat sich nicht wesentlich verändert, die Renditeabstände zu Deutschland sind nach wie vor sehr hoch. Das Institut rechnet weiterhin damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für 2015 und 2016 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.9 % bzw. 1.2 % prognostiziert.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte blieb der Euro gegenüber dem US-Dollar im dritten Quartal des laufenden Jahres weitgehend unverändert. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.11 USD/EUR, was einer marginalen Aufwertung (0.7 %) gegenüber dem Vorquartal bzw. einer Abwertung um rund 16 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Für 2015 und 2016 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.11 USD/EUR bzw. 1.10 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2015 und 2016 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 10.1 % bzw. 6.5 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 0.1 % bzw. 1.5 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut für 2015 einen Rückgang um 1.1 % und für 2016 ein Wachstum um 1.3 %. Das Kreditvolumen sollte im laufenden und kommenden Jahr um 1.2 % bzw. 1.1 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	289.053 -3.8%	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.558 0.7%	314.512 1.6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	286.188 -2.0%	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.759 2.6%	349.633 3.5%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	99.009 1.9%	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	109.110 1.8%	111.167 1.9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	98.174 0.5%	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.800 2.4%	107.900 2.0%	109.700 1.7%	110.907 1.1%	112.903 1.8%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.116 2.4%	42.609 1.2%	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.566 2.2%	46.431 1.9%	47.243 1.8%	48.070 1.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3473.839 0.9%
ARBEITLOSQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.183 0.828	9.324 0.141

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	156.505 0.6%	158.041 1.0%	160.094 1.3%	160.999 0.6%	161.106 0.1%	161.183 0.0%	161.917 0.5%	164.389 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	59.970 2.5%	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.454 0.2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	65.121 -7.3%	63.764 -2.1%	68.049 6.7%	68.938 1.3%	68.752 -0.3%	68.612 -0.2%	68.257 -0.5%	69.425 1.7%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1.006 0.3	2.626 0.9	4.798 1.6	3.958 1.3	2.678 0.9	1.363 0.4	1.363 0.4	1.863 0.6
INLANDSNACHFRAGE	282.678 -1.8%	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	294.157 0.2%	298.458 1.5%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	6.563 2.3	9.794 3.3	10.055 3.3	11.060 3.6	12.357 4.0	13.788 4.5	15.400 5.0	16.054 5.1
BIP ZU MARKTPREISEN	289.053 -3.8%	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.558 0.7%	314.512 1.6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	0.298	0.531	0.697	0.299	0.035	0.025	0.239	0.799
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.480	0.027	0.003	0.030	0.113	0.164	0.099	0.050
BRUTTOINVESTITIONEN	-2.552	0.078	2.071	-0.082	-0.519	-0.364	-0.110	0.543
ANLAGEINVESTITIONEN	-1.714	-0.470	1.454	0.294	-0.061	-0.046	-0.116	0.377
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0.770	0.560	0.737	-0.277	-0.420	-0.430	0.000	0.162
EXPORTE I.W.S.	-7.757	6.320	3.046	0.870	0.432	1.125	0.954	2.154
WAREN	-6.509	6.306	2.354	0.470	-0.101	0.781	0.494	1.590
Dienstleistungen	-1.238	0.040	0.693	0.397	0.522	0.341	0.442	0.564
IMPORTE I.W.S.	5.703	-5.203	-2.958	-0.539	-0.007	-0.658	-0.429	-1.943
WAREN	4.708	-4.792	-2.445	-0.009	0.760	-0.230	-0.304	-1.427
Dienstleistungen	0.980	-0.432	-0.513	-0.541	-0.785	-0.425	-0.125	-0.513
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-3.799	1.929	2.808	0.757	0.321	0.353	0.749	1.601

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
HAUSHALTSSPARQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	11.3 -0.7	9.4 -1.8	7.8 -1.6	9.0 1.2	7.3 -1.8	7.6 0.3	8.1 0.6	9.2 1.1
INVESTITIONSQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	22.5 -0.9	21.6 -0.8	22.5 0.9	22.7 0.2	22.5 -0.2	22.4 -0.1	21.9 -0.4	21.9 -0.1
REALZINSSATZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2.02 -0.41	2.16 0.14	1.39 -0.77	0.33 -1.06	0.48 0.15	-0.15 -0.63	-0.93 -0.78	-0.64 0.28
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	107.71 0.4%	109.53 1.7%	113.42 3.6%	116.34 2.6%	118.80 2.1%	120.54 1.5%	121.87 1.1%	124.06 1.8%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.828 2.0%	42.609 -0.5%	42.070 -1.3%	42.220 0.4%	42.222 0.0%	42.155 -0.2%	42.427 0.6%	42.281 -0.3%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	8.937 -2.4%	9.038 1.1%	9.114 0.8%	9.055 -0.7%	9.027 -0.3%	8.996 -0.3%	8.991 -0.1%	9.054 0.7%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	111.844 4.9%	111.887 0.0%	113.092 1.1%	116.907 3.4%	119.792 2.5%	122.489 2.3%	124.696 1.8%	126.003 1.0%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.3 1.0	4.8 -0.5	4.6 -0.2	4.9 0.3	5.4 0.5	5.6 0.2	5.8 0.2	5.8 0.0
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-5.3 -3.9	-4.4 0.9	-2.6 1.9	-2.2 0.4	-1.3 0.9	-2.4 -1.1	-1.7 0.7	-2.0 -0.3

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	148.510 0.9%	152.703 2.8%	159.775 4.6%	164.306 2.8%	167.779 2.1%	171.198 2.0%	173.774 1.5%	180.084 3.6%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.382 5.5%	5.338 -0.8%	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.935 3.2%	6.146 3.5%	6.394 4.0%	6.685 4.6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	58.890 5.2%	60.049 2.0%	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.851 1.9%	65.586 2.7%	66.902 2.0%	68.076 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	65.379 -8.7%	66.744 2.1%	74.612 11.8%	76.113 2.0%	75.106 -1.3%	74.940 -0.2%	75.392 0.6%	78.283 3.8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.723 -5.9%	32.914 0.6%	36.768 11.7%	37.578 2.2%	38.422 2.2%	39.005 1.5%	39.297 0.8%	40.664 3.5%
BAUINVESTITIONEN	31.619 -5.5%	30.850 -2.4%	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.215 -0.2%	34.624 1.2%	34.757 0.4%	35.754 2.9%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.513 -0.337	0.000 0.513	0.000 0.000	0.000 0.000	0.491 0.491	-0.938 -1.429	-0.945 -0.007	-0.960 -0.015
INLANDSNACHFRAGE	277.647 -0.7%	284.834 2.6%	300.853 5.6%	308.831 2.7%	313.162 1.4%	316.932 1.2%	321.517 1.4%	332.167 3.3%
EXPORTE I.W.S.	128.487 -17.2%	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	181.146 3.3%	191.344 5.6%
IMPORTE I.W.S.	119.945 -16.1%	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	164.903 1.2%	173.879 5.4%
BIP ZU MARKTPREISEN	286.188 -2.0%	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.759 2.6%	349.633 3.5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	151.020 0.5%	152.703 1.1%	154.760 1.3%	155.520 0.5%	155.467 0.0%	155.435 0.0%	156.056 0.4%	158.397 1.5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.485 2.7%	5.338 -2.7%	5.334 -0.1%	5.482 2.8%	5.641 2.9%	5.754 2.0%	5.870 2.0%	6.002 2.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	59.970 2.5%	60.049 0.1%	60.058 0.0%	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.454 0.3%
BRUTTOINVESTITIONEN	66.518 -10.3%	66.744 0.3%	72.846 9.1%	72.599 -0.3%	71.016 -2.2%	69.902 -1.6%	69.565 -0.5%	71.245 2.4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	32.807 -6.6%	32.914 0.3%	36.351 10.4%	36.536 0.5%	37.063 1.4%	37.257 0.5%	37.257 0.0%	38.096 2.3%
BAUINVESTITIONEN	32.330 -8.1%	30.850 -4.6%	31.698 2.7%	32.397 2.2%	31.701 -2.1%	31.378 -1.0%	31.033 -1.1%	31.374 1.1%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.504 0.086	0.000 0.504	-0.153 -0.153	0.386 0.539	1.199 0.813	1.382 0.183	1.366 -0.017	1.361 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	282.678 -1.8%	284.834 0.8%	292.845 2.8%	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	294.157 0.2%	298.458 1.5%
EXPORTE I.W.S.	132.001 -15.0%	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	169.575 1.8%	176.242 3.9%
IMPORTE I.W.S.	125.438 -12.0%	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	154.174 0.9%	160.188 3.9%
BIP ZU MARKTPREISEN	289.053 -3.8%	294.627 1.9%	302.901 2.8%	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.558 0.7%	314.512 1.6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	98.338 0.4%	100.000 1.7%	103.240 3.2%	105.650 2.3%	107.919 2.1%	110.142 2.1%	111.353 1.1%	113.692 2.1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	98.199 2.6%	100.000 1.8%	101.652 1.7%	104.177 2.5%	105.548 1.3%	107.525 1.9%	109.138 1.5%	110.775 1.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	98.804 1.7%	100.000 1.2%	102.012 2.0%	104.246 2.2%	105.652 1.3%	107.312 1.6%	108.493 1.1%	110.073 1.5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	99.744 0.7%	100.000 0.3%	101.147 1.1%	102.853 1.7%	103.667 0.8%	104.690 1.0%	105.475 0.8%	106.741 1.2%
BAUINVESTITIONEN	97.801 2.8%	100.000 2.2%	103.004 3.0%	105.835 2.7%	107.932 2.0%	110.346 2.2%	112.002 1.5%	113.962 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	98.220 1.1%	100.000 1.8%	102.735 2.7%	104.998 2.2%	106.590 1.5%	107.984 1.3%	109.301 1.2%	111.294 1.8%
EXPORTE I.W.S.	97.338 -2.6%	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.824 1.5%	108.569 1.6%
IMPORTE I.W.S.	95.621 -4.6%	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.959 0.3%	108.547 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	99.009 1.9%	100.000 1.0%	101.892 1.9%	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	109.110 1.8%	111.167 1.9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	89.997 -20.0%	111.054 23.4%	122.328 10.2%	124.971 2.2%	123.346 -1.3%	124.771 1.2%	127.594 2.3%	134.356 5.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.256 -11.8%	26.778 2.0%	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.680 7.8%	36.489 5.2%	38.900 6.6%	41.968 7.9%
REISEVERKEHR	12.234 -5.5%	12.438 1.7%	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.851 3.0%	14.084 1.7%	14.653 4.0%	15.021 2.5%
EXPORTE I.W.S.	128.487 -17.2%	150.271 17.0%	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	181.146 3.3%	191.344 5.6%
WARENIMPORTE	92.561 -17.8%	111.284 20.2%	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.445 -2.8%	123.103 -1.1%	123.467 0.3%	129.506 4.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	20.694 -13.3%	22.515 8.8%	25.235 12.1%	27.503 9.0%	30.976 12.6%	32.756 5.7%	34.245 4.5%	36.946 7.9%
REISEVERKEHR	6.690 3.4%	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.739 -0.6%	7.122 5.7%	7.191 1.0%	7.427 3.3%
IMPORTE I.W.S.	119.945 -16.1%	140.477 17.1%	157.871 12.4%	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	164.903 1.2%	173.879 5.4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	92.828 -17.4%	111.054 19.6%	117.989 6.2%	119.414 1.2%	119.104 -0.3%	121.497 2.0%	123.015 1.3%	127.936 4.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.702 -9.9%	26.778 0.3%	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.448 4.9%	32.494 3.3%	33.632 3.5%	35.313 5.0%
REISEVERKEHR	12.401 -6.0%	12.438 0.3%	12.382 -0.5%	12.470 0.7%	12.607 1.1%	12.604 0.0%	12.825 1.8%	12.889 0.5%
EXPORTE I.W.S.	132.001 -15.0%	150.271 13.8%	159.246 6.0%	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	169.575 1.8%	176.242 3.9%
WARENIMPORTE	97.433 -12.7%	111.284 14.2%	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.195 -2.0%	116.900 0.6%	117.835 0.8%	122.254 3.8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	21.144 -12.7%	22.515 6.5%	24.356 8.2%	26.032 6.9%	28.622 10.0%	29.751 3.9%	30.197 1.5%	31.707 5.0%
REISEVERKEHR	6.800 2.0%	6.678 -1.8%	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.117 -3.1%	6.288 2.8%	6.225 -1.0%	6.303 1.3%
IMPORTE I.W.S.	125.438 -12.0%	140.477 12.0%	149.191 6.2%	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	154.174 0.9%	160.188 3.9%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	96.950 -3.1%	100.000 3.1%	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.561 -1.0%	102.695 -0.8%	103.722 1.0%	105.018 1.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	98.331 -2.1%	100.000 1.7%	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.276 2.8%	112.295 1.8%	115.664 3.0%	118.844 2.8%
REISEVERKEHR	98.656 0.4%	100.000 1.4%	104.550 4.5%	107.813 3.1%	109.873 1.9%	111.740 1.7%	114.254 2.3%	116.540 2.0%
EXPORTE I.W.S.	97.338 -2.6%	100.000 2.7%	104.020 4.0%	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.824 1.5%	108.569 1.6%
WARENIMPORTE	95.000 -5.9%	100.000 5.3%	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.100 -0.9%	105.306 -1.7%	104.780 -0.5%	105.932 1.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	97.871 -0.7%	100.000 2.2%	103.608 3.6%	105.652 2.0%	108.225 2.4%	110.101 1.7%	113.404 3.0%	116.523 2.8%
REISEVERKEHR	98.384 1.3%	100.000 1.6%	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	115.520 2.0%	117.831 2.0%
IMPORTE I.W.S.	95.621 -4.6%	100.000 4.6%	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.959 0.3%	108.547 1.5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	101.795 2.2%	100.000 -1.8%	98.301 -1.7%	97.887 -0.4%	97.966 0.1%	98.684 0.7%	99.874 1.2%	100.020 0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	102.053 2.9%	100.000 -2.0%	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.520 0.9%	98.990 1.5%	99.137 0.1%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
IMPORTQUOTE, GESAMT	41.911	47.679	51.152	51.213	50.224	49.494	48.823	49.732
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-7.059	5.768	3.473	0.061	-0.990	-0.730	-0.671	0.909
IMPORTQUOTE, GÜTER	32.343	37.771	40.813	40.401	38.542	37.384	36.555	37.041
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-6.232	5.428	3.042	-0.412	-1.859	-1.159	-0.829	0.486
EXPORTQUOTE, GESAMT	44.896	51.004	53.672	53.807	53.233	53.248	53.632	54.727
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8.259	6.108	2.668	0.135	-0.574	0.016	0.383	1.096
EXPORTQUOTE, GÜTER	31.447	37.693	39.636	39.416	38.202	37.890	37.776	38.428
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-7.072	6.246	1.943	-0.220	-1.214	-0.312	-0.114	0.651

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5395.091 0.2%	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5528.245 0.4%	5543.925 0.3%
ERWERBSQUOTE	74.830 0.0%	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.387 0.8%	77.992 0.8%	78.912 1.2%	79.544 0.8%
ERWERBSPERSONEN	4037.160 0.2%	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4235.103 1.2%	4294.457 1.4%	4362.474 1.6%	4409.846 1.1%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3556.715 0.1%	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3611.608 0.4%	3624.841 0.4%	3651.007 0.7%	3664.584 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	480.445 1.1%	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	711.467 6.3%	745.262 4.8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	437.800 2.2%	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	464.900 1.8%	471.700 1.5%	476.889 1.1%	484.042 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3599.360 0.0%	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3885.585 1.6%	3925.804 1.0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3473.839 0.9%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	104.563 -1.0%	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	85.938 -2.2%	85.938 0.0%
ARBEITSLOSE	260.309 22.6%	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	356.794 11.7%	366.028 2.6%
ARBEITSLSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.183 0.828	9.324 0.141

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	136.224 0.9%	138.905 2.0%	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.547 2.8%	158.586 2.6%	162.652 2.6%	166.988 2.7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	114.784 -5.8%	119.456 4.1%	125.651 5.2%	126.349 0.6%	127.243 0.7%	128.807 1.2%	132.283 2.7%	137.465 3.9%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	35.180 0.2%	36.267 3.1%	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.088 1.8%	41.903 2.0%	42.825 2.2%	45.180 5.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	286.188 -2.0%	294.627 2.9%	308.630 4.8%	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	337.759 2.6%	349.633 3.5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0.308 -91.0%	2.475 702.4%	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.931 188.6%	-2.095 -324.9%	-2.136 2.0%	-2.179 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	50.416 3.2%	51.583 2.3%	53.480 3.7%	55.712 4.2%	57.346 2.9%	59.062 3.0%	60.952 3.2%	62.902 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	236.081 -4.2%	245.519 4.0%	256.196 4.3%	261.667 2.1%	266.464 1.8%	268.139 0.6%	274.671 2.4%	284.551 3.6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.690 16.6%	-2.989 11.1%	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.884 19.3%	-3.598 -7.4%	-3.670 2.0%	-3.743 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	233.391 -4.4%	242.530 3.9%	253.179 4.4%	258.410 2.1%	262.580 1.6%	264.541 0.7%	271.001 2.4%	280.808 3.6%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
STICHTEINLAGEN	79.801 15.3%	87.993 10.3%	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.758 2.5%	127.449 10.1%	135.734 6.5%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	37.546 -16.3%	33.804 -10.0%	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	34.620 16.8%	34.654 0.1%	35.174 1.5%
SPAREINLAGEN	158.129 5.3%	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	149.938 -2.2%	148.288 -1.1%	150.216 1.3%
KREDITVOLUMEN	303.099 2.0%	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	316.682 0.0%	320.482 1.2%	324.008 1.1%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.23 -3.40	0.81 -0.42	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	-0.01 -0.22	0.09 0.10
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.92 -0.33	3.16 -0.76	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.48 -0.51	0.88 -0.60	1.24 0.36

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
USD/EUR	1.394 -5.2%	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.114 -16.2%	1.096 -1.6%
GBP/EUR	0.892 11.9%	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.725 -10.1%	0.712 -1.8%
YEN/EUR	130.330 -14.5%	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	135.264 -3.7%	135.804 0.4%
CHF/EUR	1.510 -4.9%	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.066 -12.2%	1.072 0.6%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016: Allmähliche Konjunkturerholung
in Österreich

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 89

Redaktion: Isabella Andrej

© 2015 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
